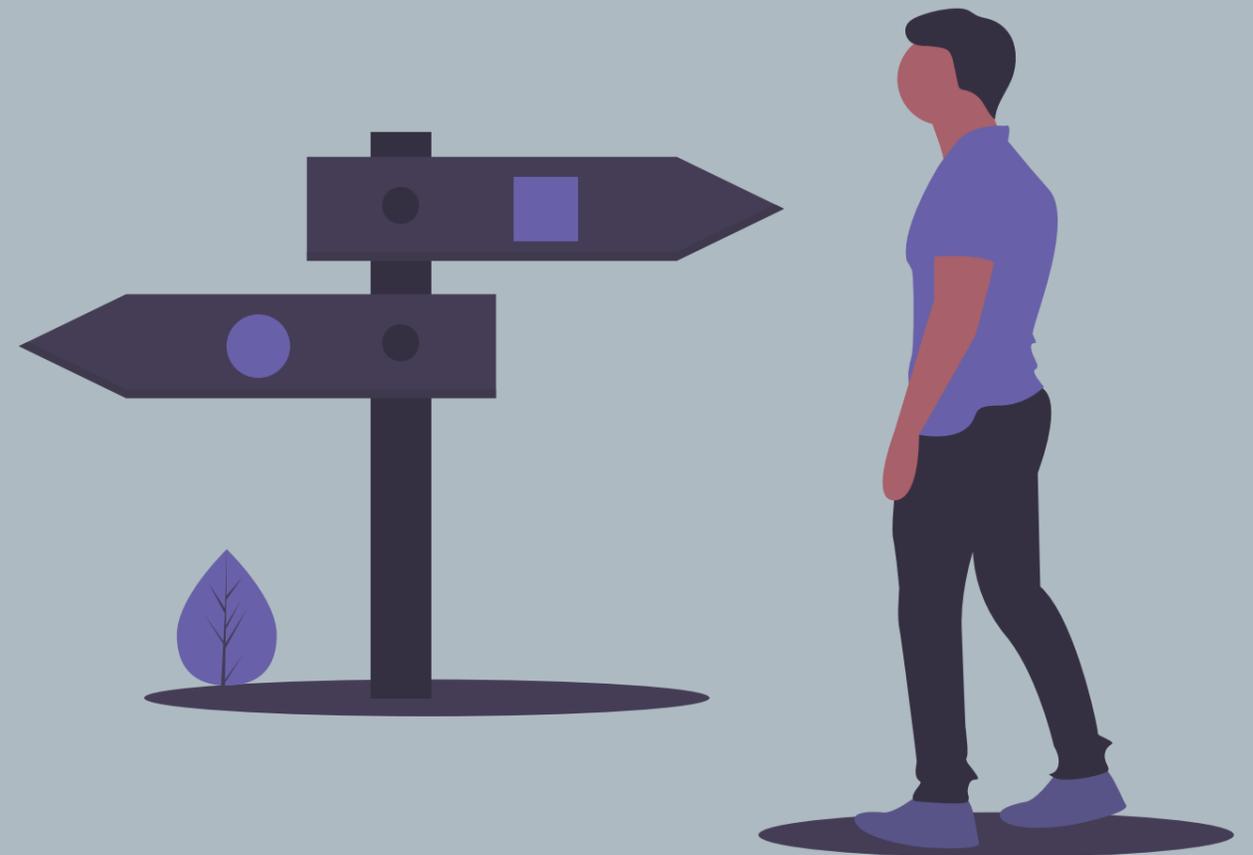


01

Rahmen- bedingungen

Sebastian Jeworutzki und Jörg-Peter Schräpler



Auf einen Blick

STRUKTURWANDEL IM RUHRGEBIET

Im Vergleich zu anderen Regionen ist der Anteil an Beschäftigten im Produzierenden Gewerbe nirgends so stark zurückgegangen wie in der Metropole Ruhr.



Durchschnittliches Haushaltsnettoeinkommen



1.677 €/Monat
Ruhrgebiet

1.797 €/Monat
NRW

Die Menschen im Ruhrgebiet haben im Vergleich zum übrigen NRW das mit Abstand geringste durchschnittliche Haushaltsnettoeinkommen.

Pro Familie mit Kindern unter 18 Jahren.

Die Frauenbeschäftigtenquote ist in der Metropole Ruhr vergleichsweise niedrig.

(Jahr: 2019)

55,1 %
deutsche Frauen

27,7 %
nichtdeutsche Frauen

Ø **4.320** €/Kopf

In der Metropole Ruhr ist die Pro-Kopf-Verschuldung der kommunalen Kernhaushalte besonders hoch. Die finanziellen Handlungsspielräume der Kommunen sind somit stark eingeschränkt.

BEVÖLKERUNGSENTWICKLUNG IM RUHRGEBIET

Die Bevölkerung ist in der Metropole Ruhr seit 2013 leicht gewachsen. Insbesondere die Altersgruppen der unter Sechsjährigen haben dazu beigetragen.

+1,3%
gesamt



+22,8%
unter Dreijährige



+13,2%
Drei- bis unter Sechsjährige

Ø **15%** aller Privathaushalte erhalten Transferzahlungen.

In der Metropole Ruhr leben besonders viele Menschen, die von Transferzahlungen abhängig sind. Besonders Alleinerziehende und Familien mit Migrationshintergrund sind von Armut bedroht. **39,3 % der Alleinerziehenden erhalten Transferzahlungen.**

6,7%
ohne Schulabschluss

32,0%
Fachhochschul-/Hochschulabschluss

Im Ruhrgebiet erlangen immer mehr Menschen eine Fachhochschul- bzw. Hochschulreife. Gleichzeitig bleibt der Anteil an Personen ohne Schulabschluss zu hoch.

In diesem Kapitel erwartet Sie:

1.	Rahmenbedingungen für die Bildungsprozesse in der Metropole Ruhr	19
1.1	Metropole Ruhr im Vergleich mit anderen Regionen in Deutschland	20
1.2	Demografische Entwicklung.....	22
1.3	Soziale Entwicklung.....	32
1.4	Wirtschaftliche Entwicklung.....	40
1.5	Bildungsstand in der Bevölkerung und in der Familie	45
1.6	Familien- und Lebensverhältnisse.....	49
1.7	Zusammenfassung und Ausblick.....	55

1. Rahmenbedingungen für die Bildungsprozesse in der Metropole Ruhr

Dieser Bildungsbericht konzentriert sich auf die Metropole Ruhr, also die kreisfreien Städte und Kreise im Regionalverband Ruhr. Die Region ist durch eine besondere Entwicklung gekennzeichnet: Sie verdankt ihre Entstehung einer dynamischen Industrialisierung in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts und ist auch heute noch, nach dem Ende des montanindustriellen Sektors, eine Region im Um- und Aufbruch. Der sektorale Strukturwandel in Nordrhein-Westfalen zeigte sich im Ruhrgebiet besonders deutlich. In den vergangenen Jahrzehnten wurden zahlreiche Arbeitsplätze aus der ehemals dominierenden Montanindustrie und dem Produzierenden Gewerbe in den Dienstleistungsbereich verlagert. Darüber hinaus hat sich die Metropole Ruhr in Teilen zu einer wissensorientierten Region entwickelt. In den 1960er-Jahren entstanden im Zusammenhang mit der „Bildungsexpansion“ die ersten Hochschulen im Ruhrgebiet, mit dem Ziel, den steigenden Studierendenzahlen ein entsprechendes Angebot entgegenzustellen und das Bildungsniveau vor allem der Arbeiterschaft zu erhöhen. Mittlerweile bilden die 22 Hochschulen in der Region die dichteste Hochschullandschaft Europas.

Vor allem die ehemaligen Arbeiterstadtteile des Ruhrgebiets stehen bis heute vor besonderen Herausforderungen. Dort verdichtet sich häufig eine schwierige Gemengelage aus hoher und langfristiger Arbeitslosigkeit, schwachen Übergangsquoten von Grundschulen in weiterführende Schulen und weniger jungen Menschen mit Hochschulberechtigung (Döhrmann & Streiter, 2017).

Die Region [...] ist auch heute noch, nach dem Ende des montanindustriellen Sektors, im Um- und Aufbruch.

Besonders im Ruhrgebiet überlagern sich „soziale Segregation“ und „demografische Segregation“ sowie „ethnische Segregation“ in bestimmten Bezirken im Norden der großen Städte. Viele der ursprünglichen Arbeitergebiete im nördlichen Teil des Ruhrgebiets haben sich nach dem wirtschaftlichen Strukturwandel und dem Wandel auf dem Arbeitsmarkt zu sozial benachteiligten Bezirken mit – im Vergleich zum Rest des Landes – hohen Arbeitslosenquoten entwickelt. Gleichzeitig zeigen Analysen, dass im wohlhabenderen Süden des Ruhrgebiets der Anteil an Kindern besonders gering ist und die Mehrzahl der Kinder im sozial benachteiligten Norden aufwächst. Dies hat auch Konsequenzen für die Bildungs- und Lebenschancen der Kinder (Jeworutzki et al., 2017).

Um die Rahmenbedingungen der Bildungsprozesse deutlich zu machen, beginnt der Bericht mit einer gebündelten Darstellung ausgewählter Indikatoren, die die sozioökonomische Entwicklung in der Metropole Ruhr in den letzten Jahren aufzeigen. Wir konzentrieren uns dabei auf Eckdaten übergreifender Prozesse wie die der demografischen Entwicklung, der wirtschaftlichen und sozialstrukturellen Entwicklung, der Erwerbstätigkeit und der Entwicklung der Familien- und Lebensformen.

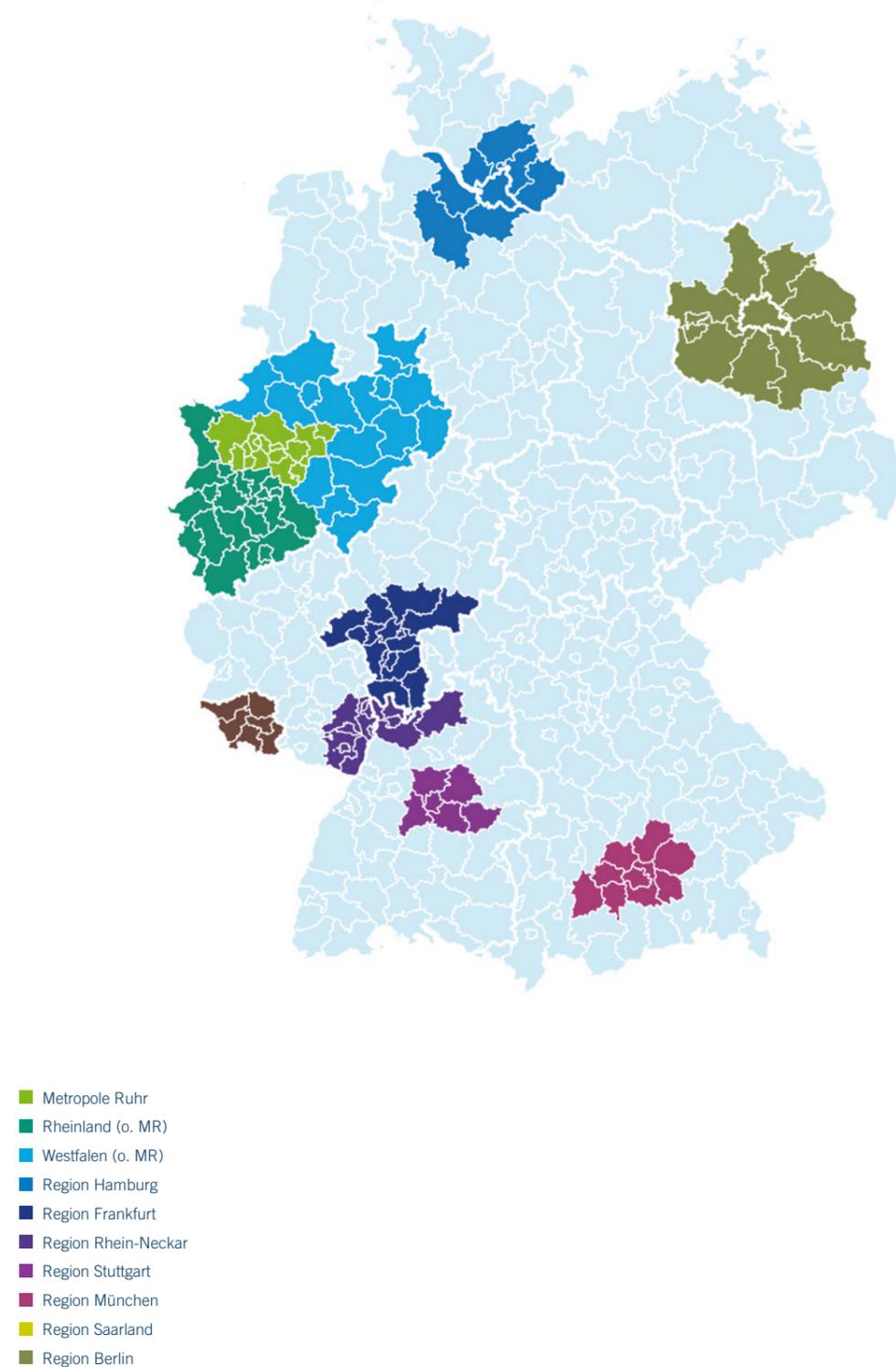
1.1 Metropole Ruhr im Vergleich mit anderen Regionen in Deutschland

Die zehn Vergleichsregionen und die dazugehörigen Kreise sind in Abbildung 1.1 dargestellt und farblich markiert. Bei den Regionen handelt es sich um verschiedene Regionstypen: Es sind einerseits hochverdichtete Agglomerationsräume (z. B. Ruhrgebiet, Rheinland, Frankfurt/Rhein/Main, Rhein-Neckar, Stuttgart und Saarland), Agglomerationsräume mit herausragendem Zentrum (Hamburg, München und Berlin) sowie verstädterte Räume höherer Dichte wie z. B. Westfalen (Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung [BBSR], 2020).

Zur besseren Einordnung der dargestellten Rahmenbedingungen in der Metropole Ruhr werden zur Analyse Vergleichsregionen in Deutschland herangezogen, die sich strukturell durchaus vom Ruhrgebiet unterscheiden können, aber im weitesten Sinne auch den Charakter von Metropolregionen aufweisen. Mit Metropolregionen sind i. d. R. Verdichtungsräume gemeint, die als „Motoren der gesellschaftlichen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Entwicklung gelten. Sie zeichnen sich durch eine zentrale Rolle im Städtesystem aus und sind gekennzeichnet durch gute bis sehr gute Erreichbarkeit“ (vgl. Amt für Stadtforschung und Statistik für Nürnberg und Fürth, 2019, S. 4).

Der Einbezug der Vergleichsregionen macht es notwendig, auf bundesweit einheitliche Datengrundlagen zurückzugreifen. Aus diesem Grund basieren die folgenden Darstellungen insbesondere auf Auswertungen des Mikrozensus und des Tabellenprogramms der amtlichen Regionaldatenbank des Statistischen Bundesamtes und des Statistischen Landesamtes NRW (IT.NRW).

Abbildung 1.1: Karte der Vergleichsregionen 2020



Quelle: Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR).

1.2 Demografische Entwicklung

Die demografische Entwicklung ist vor allem für die Planung von Bildungsangeboten relevant. Sie bildet z. B. die Grundlage für die Planung von KiTa-Standorten, Schulstandortentscheidungen und von Klassenzügen sowie Schüler*innenvorausberechnungen und damit den künftigen Lehrkräfteeinstellungsbedarf. Der nachfolgende Abschnitt stellt die vergangene Entwicklung in den Regionen vergleichend gegenüber.

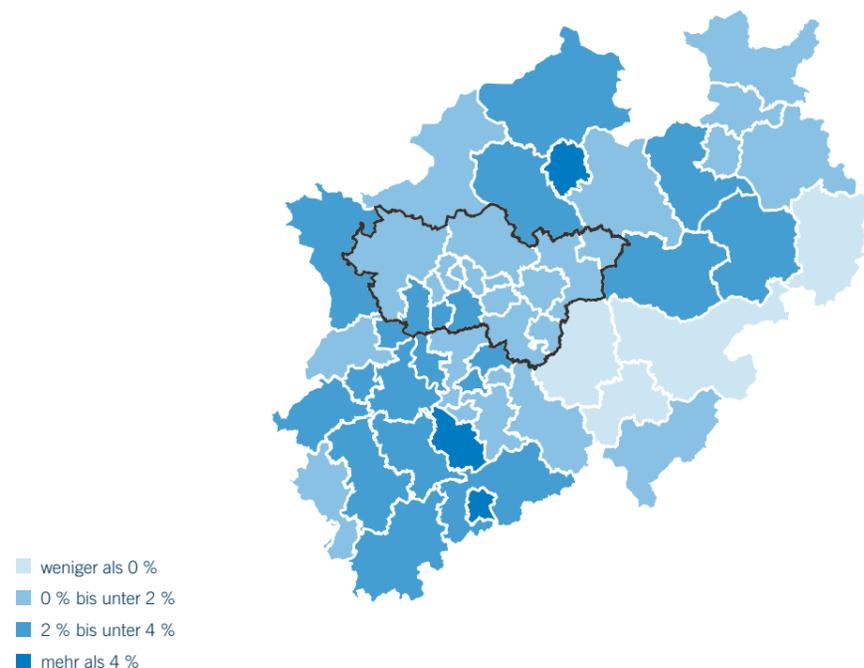
Bevölkerungszahl in der Metropole Ruhr seit 2013 leicht gestiegen

Im Bildungsbericht Ruhr 2012 wurde im Zeitraum 2001 bis 2010 noch ein Rückgang (-3,6 %) der Bevölkerung in der Metropole Ruhr festgestellt. Mittlerweile steigt dort die Einwohner*innenzahl. Abbildung 1.2 zeigt die prozentuale Bevölkerungsentwicklung in Nordrhein-Westfalen auf Kreisebene von 2013 bis 2018.¹ In den meisten Kreisen ist in diesem Zeitraum ein Bevölkerungszuwachs zu verzeichnen. In Nordrhein-Westfalen weisen insbesondere im Rheinland die Städte Köln und Bonn sowie in Westfalen die Stadt Münster größere Zuwächse auf. Rückgänge sind vor allem in Südwestfalen sowie im Kreis Höxter zu beobachten. Das Ruhrgebiet verzeichnet in den größeren Städten (z. B. Essen: +2,3 %, Dortmund: +1,9 %) ein leichtes Bevölkerungswachstum. Kaum Veränderungen finden sich dagegen in den ländlichen Kreisen wie

Recklinghausen und dem Ennepe-Ruhr-Kreis. Insgesamt ist die Bevölkerung im Ruhrgebiet von ca. 5,05 Millionen im Jahr 2013 auf etwa 5,11 Millionen Einwohner*innen angestiegen. Das entspricht einem leichten Zuwachs von 1,3 %. Das Rheinland wächst etwas dynamischer um 2,9 % und Westfalen um 1,6 %.

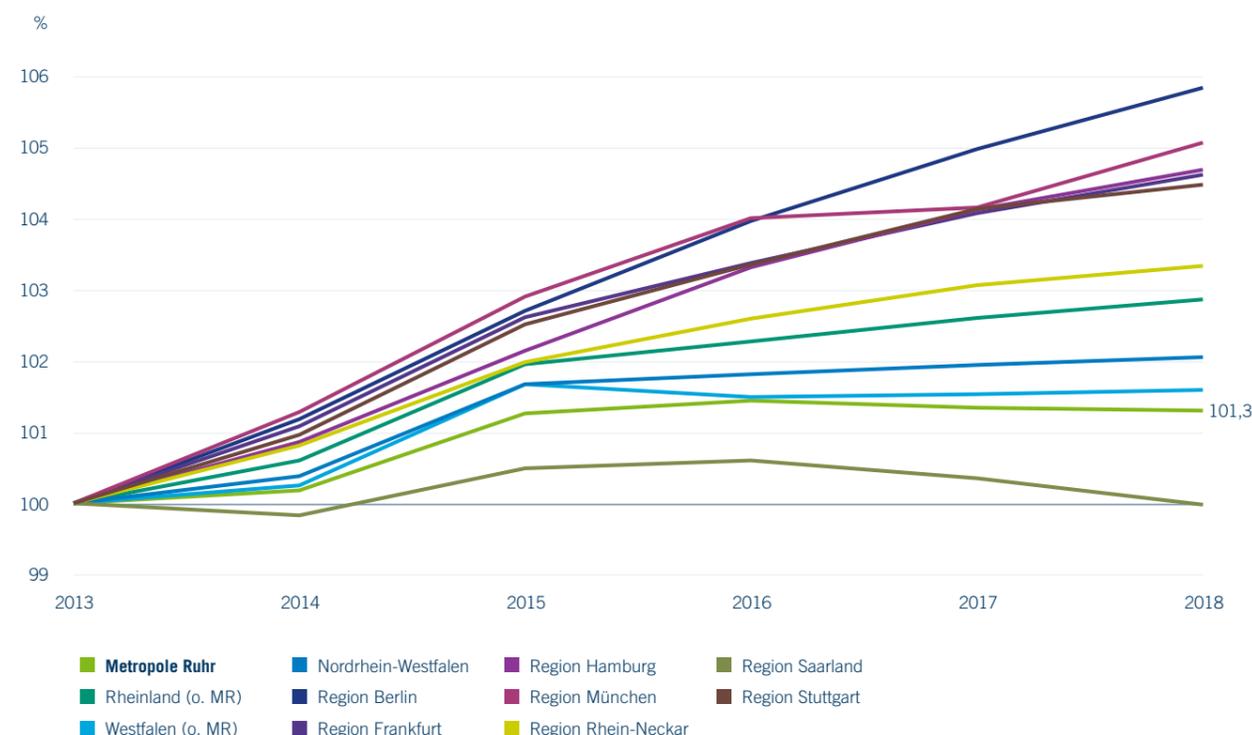
¹Den weiteren Ausführungen liegen die amtlichen Einwohner*innenzahlen des Statistischen Bundesamtes zugrunde, die sich von den Angaben der kommunalen Statistikstellen unterscheiden können (siehe Glossar „Berechnung der Einwohner*innenzahlen“).

Abbildung 1.2: Bevölkerungsentwicklung 2013 bis 2018 in NRW bezogen auf das Basisjahr 2013



Quelle: Statistisches Bundesamt, Regionaldatenbank Deutschland. Eigene Berechnung.

Abbildung 1.3: Bevölkerungsentwicklung 2013 bis 2018 in den Regionen bezogen auf das Basisjahr 2013



Quelle: Statistisches Bundesamt, Regionaldatenbank Deutschland. Eigene Berechnung.

Positive Geburtenentwicklung insbesondere bei Eltern mit nichtdeutscher Staatsangehörigkeit

Geburtenentwicklung sowie die Entwicklung der Altersstruktur der Bevölkerung sind für die Planung des zukünftigen Bildungsangebots besonders wichtig. In den drei Regionen in Nordrhein-Westfalen sind die Geburtenzahlen von 2013 bis 2016 deutlich angestiegen und danach in etwa gleich geblieben. Betrachtet man den gesamten Zeitraum, kann das Ruhrgebiet einen Zuwachs von 20,9 %, das Rheinland von 17,4 % und Westfalen von 17,0 % verzeichnen.

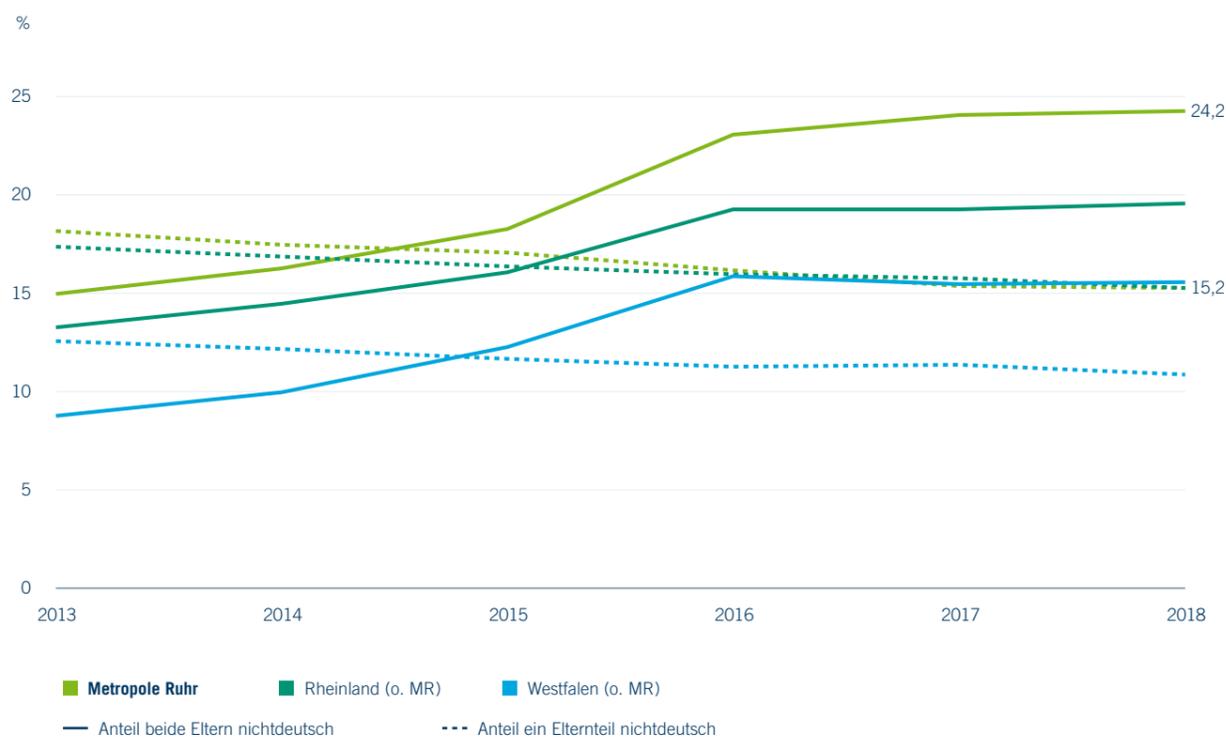
Im Hinblick auf die in den 2010er-Jahren gestiegene Zuwanderung ist der Anteil der Geburten von Eltern mit nichtdeutscher Staatsangehörigkeit in diesen drei Regionen von Interesse. Abbildung 1.4 zeigt die Entwicklung des Anteils von Geburten, bei denen ein Elternteil oder beide Elternteile eine nichtdeutsche Nationalität aufweisen. Erkennbar ist, dass im Ruhrgebiet die Anteile im Vergleich zu den beiden anderen Regionen in Nordrhein-Westfalen insgesamt deutlich höher liegen und sich seit dem Jahr 2013 deutlich verändert haben. Während die Anteile mit nur einem nichtdeutschen Elternteil stetig rückläufig waren,

sind die Anteile der Geburten mit zwei nichtdeutschen Elternteilen insbesondere seit 2015 stark angestiegen und danach auf diesem Niveau verblieben. Ein Teil dieses Anstiegs geht vermutlich auf die EU-Binnenmigration aus Südosteuropa und auf die Zunahme der Fluchtmigration seit dem Jahr 2015 zurück.

Deutliche Zunahme der Zuzüge aus dem Ausland in allen Vergleichsregionen seit 2013

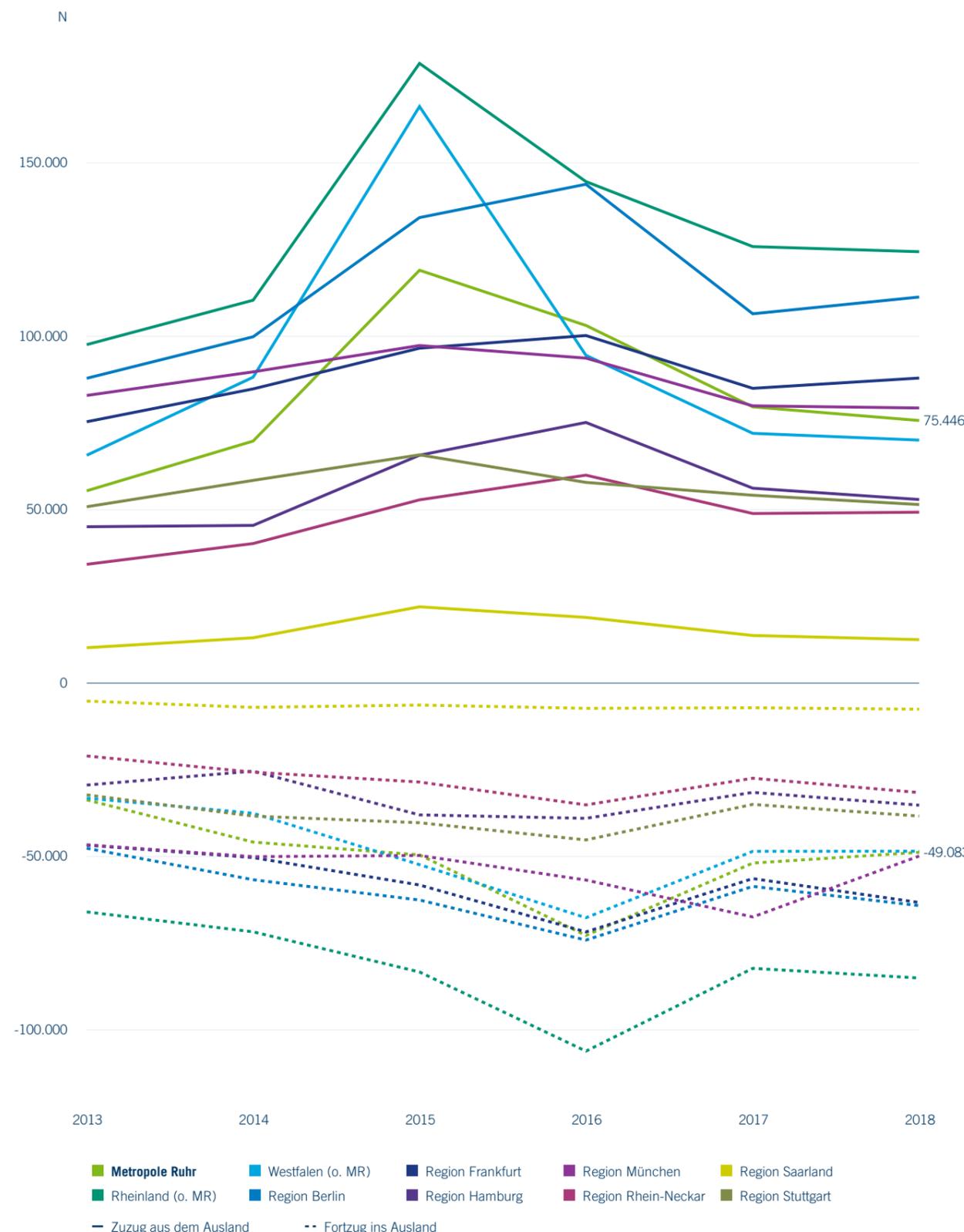
Der Blick auf die Geburtenentwicklung zeigt bereits, dass es in den vergangenen Jahren eine recht dynamische Entwicklung hinsichtlich der nichtdeutschen Bevölkerung gegeben hat. Seit Beginn der 2010er-Jahre haben die Zuzüge von Ausländer*innen in allen Regionen zugenommen (Abbildung 1.5). Der absolute Anstieg war in den nordrhein-westfälischen Regionen und den Regionen Berlin, Frankfurt/Rhein/Main sowie München besonders hoch. Die Fortzüge von Ausländer*innen folgen diesem Trend mit einiger Verzögerung und einem deutlich geringeren Niveau.

Abbildung 1.4: Anteil der lebend geborenen Kinder nach Nationalität der Eltern in den Regionen 2013 bis 2018



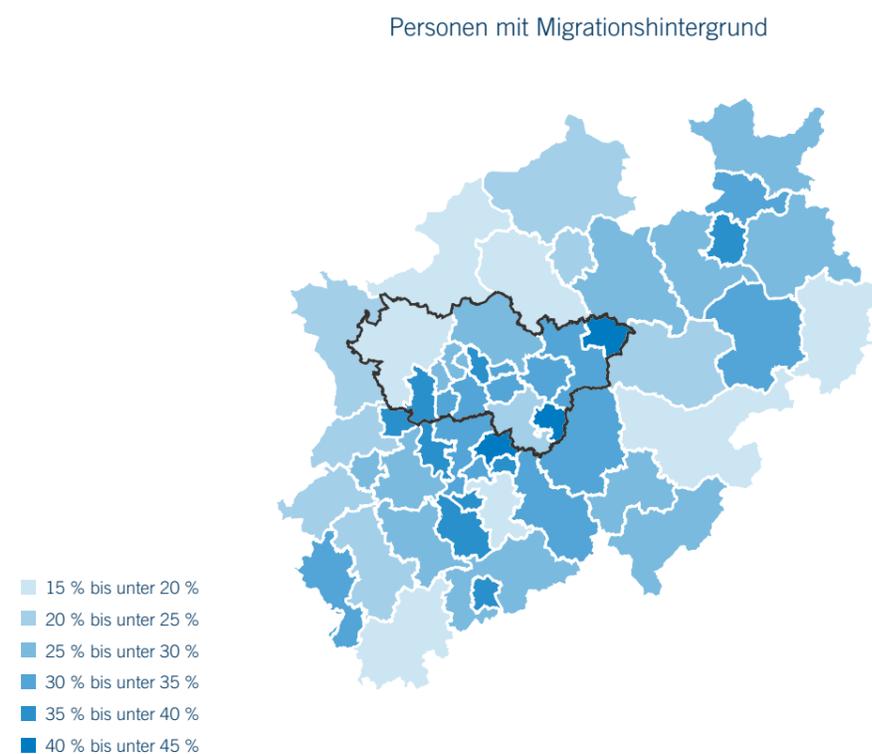
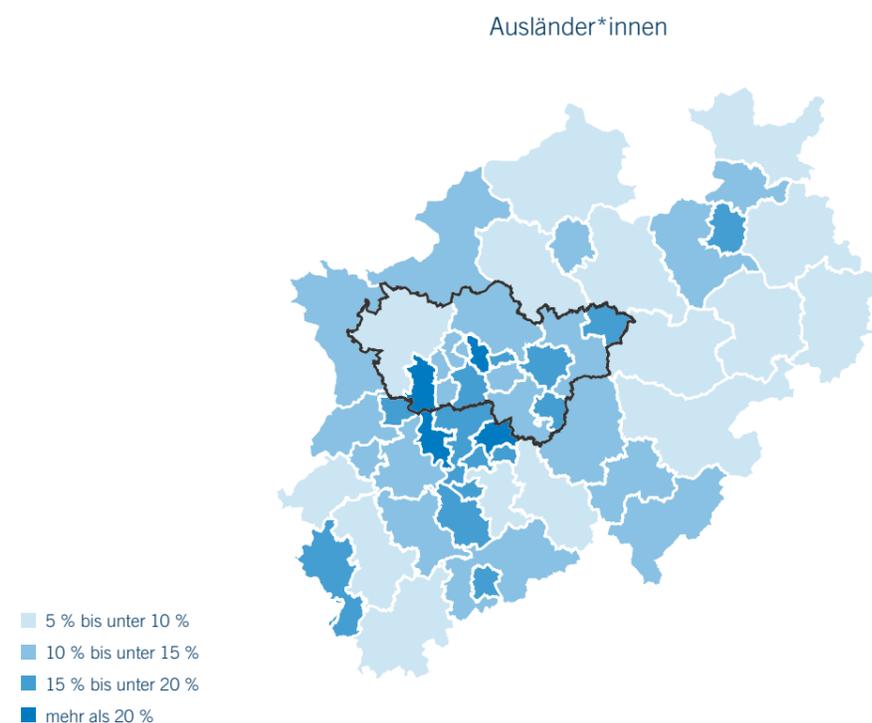
Quelle: IT.NRW, Landesdatenbank NRW. Eigene Berechnung.

Abbildung 1.5: Zu- und Fortzüge (über Gemeindegrenzen und Grenzen des Bundesgebiets) von Personen ohne deutsche Staatsangehörigkeit in den Regionen 2013 bis 2018



Quelle: Statistisches Bundesamt, Regionaldatenbank Deutschland. Eigene Berechnung.

Abbildung 1.6: Anteil der nichtdeutschen Bevölkerung und Anteil von Personen mit Migrationshintergrund 2018 in den Kreisen und kreisfreien Städten NRWs (in %)



Quelle: IT.NRW, Landesdatenbank NRW. Eigene Berechnung.

Im Ruhrgebiet und im Rheinland ist der Ausländer*innenanteil mit 14,4 % bzw. 14,8 % vergleichbar hoch, während der Anteil in der Region Westfalen mit 10,0 % etwas niedriger ist. Im Vergleich zu 2013 gab es bis 2018 in allen Regionen einen Anstieg des Ausländer*innenanteils um ca. 4 %. Im Jahr 2018 betrug der Anteil von Personen mit Migrationshintergrund² im Ruhrgebiet und Rheinland 30,6 % bzw. 30,7 %.

Die Migrationsprozesse sind innerhalb der Regionen auch schon in der Vergangenheit nicht homogen verlaufen. Wie man in Abbildung 1.6 erkennen kann, ist sowohl der Anteil der Ausländer*innen als auch der Anteil der Personen mit Migrationshintergrund in den kreisfreien Städten höher als in den Kreisen und die Anteile von Personen mit Migrationshintergrund deutlich höher als die Anteile von Personen mit nichtdeutscher Staatsangehörigkeit. In der Metropole Ruhr reicht die Spannweite des Ausländer*innenanteils von 7,5 % im Kreis Wesel bis 20,0 % in Gelsenkirchen und 21,5 % in Duisburg. Duisburg weist damit nach Düsseldorf mit 23,3 % den höchsten Anteil in NRW auf. Der Anteil der Bevölkerung mit Migrationshintergrund ist mit 19,4 % wiederum im Kreis Wesel am geringsten. Die höchsten Anteile von Personen mit Migrationshintergrund liegen hingegen nicht in Gelsenkirchen (35,9 %) und Duisburg (38,5 %) vor, sondern mit jeweils rund 42 % in Hagen und Hamm.

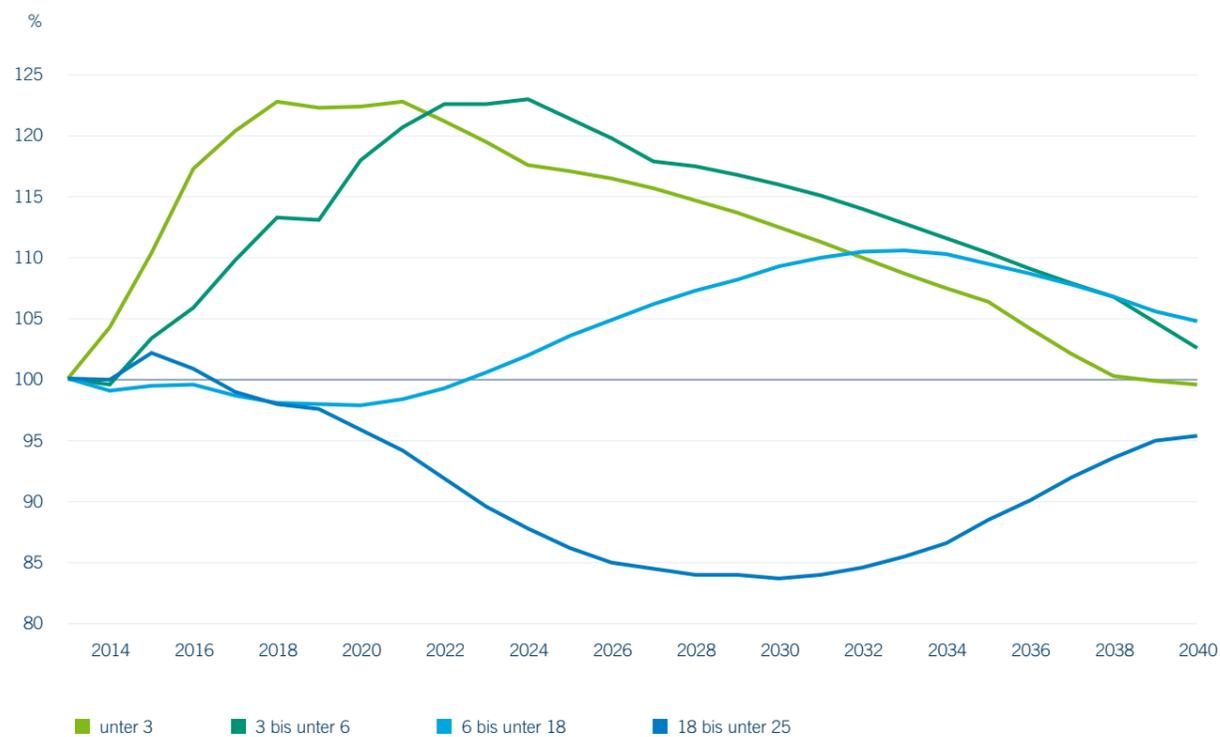
²Diese Angaben stammen aus dem Grundprogramm des Mikrozensus (siehe Glossar „Mikrozensus“): „Als Person mit Migrationshintergrund gilt, wer nicht über die deutsche Staatsangehörigkeit verfügt oder außerhalb des heutigen Gebietes der Bundesrepublik Deutschland geboren wurde und seit dem 1. Januar 1950 zugewandert ist oder wer mindestens ein zugewandertes Elternteil hat“ (siehe Glossar „Migrationshintergrund“).

Unterschiedliche Entwicklung der bildungsrelevanten Altersgruppen bis 25 Jahre

Für die Planung von Bildungsangeboten ist weniger die allgemeine Bevölkerungsentwicklung entscheidend als vielmehr die Entwicklung derjenigen Altersgruppen, für die die unterschiedlichen Institutionen des Bildungswesens verantwortlich sind. Abbildung 1.7 (siehe Seite 28) zeigt die Entwicklung bildungsrelevanter Altersgruppen bis unter 25 Jahre im Zeitverlauf in Prozent gegenüber dem Basisjahr 2013. Es wird zusätzlich zur bisherigen Bevölkerungsentwicklung die regionale Bevölkerungsvorausberechnung bis 2040 dargestellt.

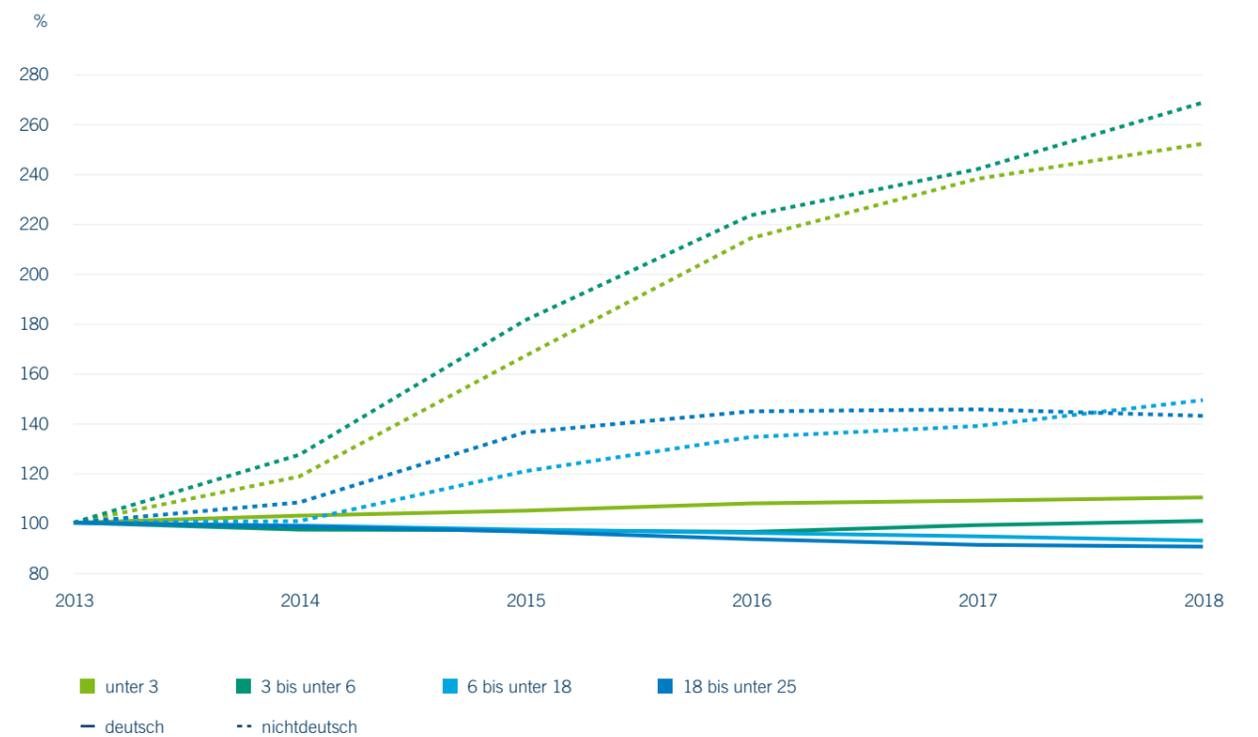
In allen Regionen hat sich die Altersgruppe der unter Dreijährigen bis 2018 am dynamischsten entwickelt. Den stärksten Zuwachs weist dabei im Vergleich das Ruhrgebiet auf. Gegenüber 2013 ist diese Gruppe um 22,8 % gewachsen. Dies gilt auch für die Altersgruppe der Drei- bis unter Sechsjährigen: Hier verzeichnet das Ruhrgebiet ein Plus von 13,2 % im Vergleich zum Jahr 2013. Einen ähnlich starken Zuwachs bei den jüngeren Altersgruppen hat nur die Region Hamburg zu verzeichnen.

Abbildung 1.7: Bevölkerungsentwicklung 2013 bis 2018 und Bevölkerungsprognose bis 2040 in den bildungsrelevanten Altersgruppen bezogen auf das Basisjahr 2013 in der Metropole Ruhr



Quelle: IT.NRW, Landesdatenbank NRW. Eigene Berechnung.

Abbildung 1.8: Bevölkerungsentwicklung 2013 bis 2018 in den bildungsrelevanten Altersgruppen nach Nationalität bezogen auf das Basisjahr 2013 in der Metropole Ruhr



Quelle: Statistisches Bundesamt, Regionaldatenbank Deutschland. Eigene Berechnung.

Wie schon im vorherigen Abschnitt dargestellt wurde, geht dieser Anstieg zum Teil auf die Zuwächse bei den Geburten nichtdeutscher Eltern zurück. Abbildung 1.8 zeigt dies sehr eindrücklich. Im Beobachtungszeitraum beschränken sich die Zuwächse bei den Altersgruppen der deutschen Bevölkerung auf die unter Dreijährigen und die Drei- bis unter Sechsjährigen. Hier spiegelt sich die in den 2010er-Jahren gestiegene Geburtenrate wider. Bei der nichtdeutschen Bevölkerung steigen die Anteile, vor allem in den beiden jüngsten Altersgruppen, ebenfalls sehr deutlich: So

wächst im Ruhrgebiet die Anzahl der unter Dreijährigen von 2013 bis 2018 bei der nichtdeutschen Bevölkerung von 10.620 auf das 2,5-Fache mit 26.756 an (deutsche Bevölkerung: +10,2 %) und die der Drei- bis unter Sechsjährigen auf das 2,7-Fache an (deutsche Bevölkerung: +0,7 %). Eine ähnliche diverse Entwicklung zeigt sich auch im Rheinland und in Westfalen.

Zunahme der für das Pflichtschulsystem relevanten Altersgruppe bis 2033

Der Anstieg der Geburten vor allem in der nichtdeutschen Bevölkerung und die Wanderungsgewinne haben mit dazu beigetragen, dass der im letzten „Bildungsbericht Ruhr“ prognostizierte Bevölkerungsrückgang im Ruhrgebiet bislang ausgeblieben ist. Die aktuelle regionale Bevölkerungsprognose von IT.NRW geht jedoch davon aus, dass er nur aufgeschoben wurde.

In Abbildung 1.7 (siehe Seite 28) ist erkennbar, dass sich im Ruhrgebiet laut Vorausberechnung der enorme Zuwachs in der Altersgruppe der unter Dreijährigen bis zum Jahr 2040 im Ruhrgebiet wieder auf den Wert von 2013 abbauen wird. Dabei wird allerdings davon ausgegangen, dass die hohe anfängliche Fertilitätsrate von 1,61 auf Landesebene bis 2040 auf 1,51 zurückgehen wird. Begründet wird dies u. a. mit Annahmen zur Auslandswanderung und einem allmählichen Rückgang der hohen Fertilität ausländischer Frauen (vgl. Information und Technik Nordrhein-Westfalen [IT.NRW], 2019, S. 5).³

Die für die frühkindliche Bildung besonders relevante Altersgruppe der Drei- bis unter Sechsjährigen wird im Ruhrgebiet bis zum Jahr 2024 voraussichtlich weiter anwachsen und dann rückläufig sein. Eine ähnliche Entwicklung, nur auf einem etwas geringeren Niveau, wird auch für das Rheinland und Westfalen prognostiziert.

Die für das Pflichtschulsystem relevante Altersgruppe der Sechs- bis unter 18-Jährigen wird im Ruhrgebiet bis zum Jahr 2033 zunehmen und dann wieder leicht rückläufig sein. Im Rheinland steigt der Anteil dieser Altersgruppe bis 2034 und bleibt dann etwa auf gleichem Niveau. In Westfalen verläuft die Entwicklung wellenförmig; insgesamt ist mit einem Rückgang der Altersgruppe zu rechnen.

Auf Basis der regionalisierten Bevölkerungsvorausberechnung sowie der amtlichen Schuldaten für die Schuljahre 2015/16 bis 2018/19 hat das Statistische Landesamt IT.NRW für Nordrhein-Westfalen 2020 eine regionalisierte Schüler*innen-Modellrechnung bis zum Schuljahr 2033/34 vorgenommen. In der Vorausberechnung werden die Schüler*innenzahlen der Bildungsstufen

Primarbereich, Sekundarbereich I und Sekundarbereich II auf Kreisebene ausgewiesen. Abbildung 1.9 zeigt die aggregierten Ergebnisse der drei Regionen in Nordrhein-Westfalen sowie für NRW insgesamt. Die Zahl der Schüler*innen wird in NRW vom Schuljahr 2018/19 bis 2033/34 um insgesamt 17,1 % steigen. Dieser Anstieg fällt in den Regionen unterschiedlich aus: Im Ruhrgebiet beträgt der Zuwachs 19,8 %, im Rheinland 20,5 % und in Westfalen nur 9,9 %.⁴ Eine Differenzierung nach Schulstufen lässt teilweise Unterschiede erkennen: Im Primarbereich steigen die Schüler*innenzahlen im Ruhrgebiet bis zum Schuljahr 2026/27 um 19,5 % (Rheinland 16,7 %, Westfalen 13,0 %) und fallen dann gegenüber dem Basisjahr 2018/19 wieder auf ein Plus von 12,7 % (Rheinland 15,1 %, Westfalen 6,4 %) im Jahr 2033/34 ab. Im Sekundarbereich I werden die Schüler*innenzahlen im Ruhrgebiet am deutlichsten steigen, hier rechnet man im Jahr 2033/34 mit einem Plus von 24,5 % (Rheinland 23,3 %, Westfalen 11,0 %).

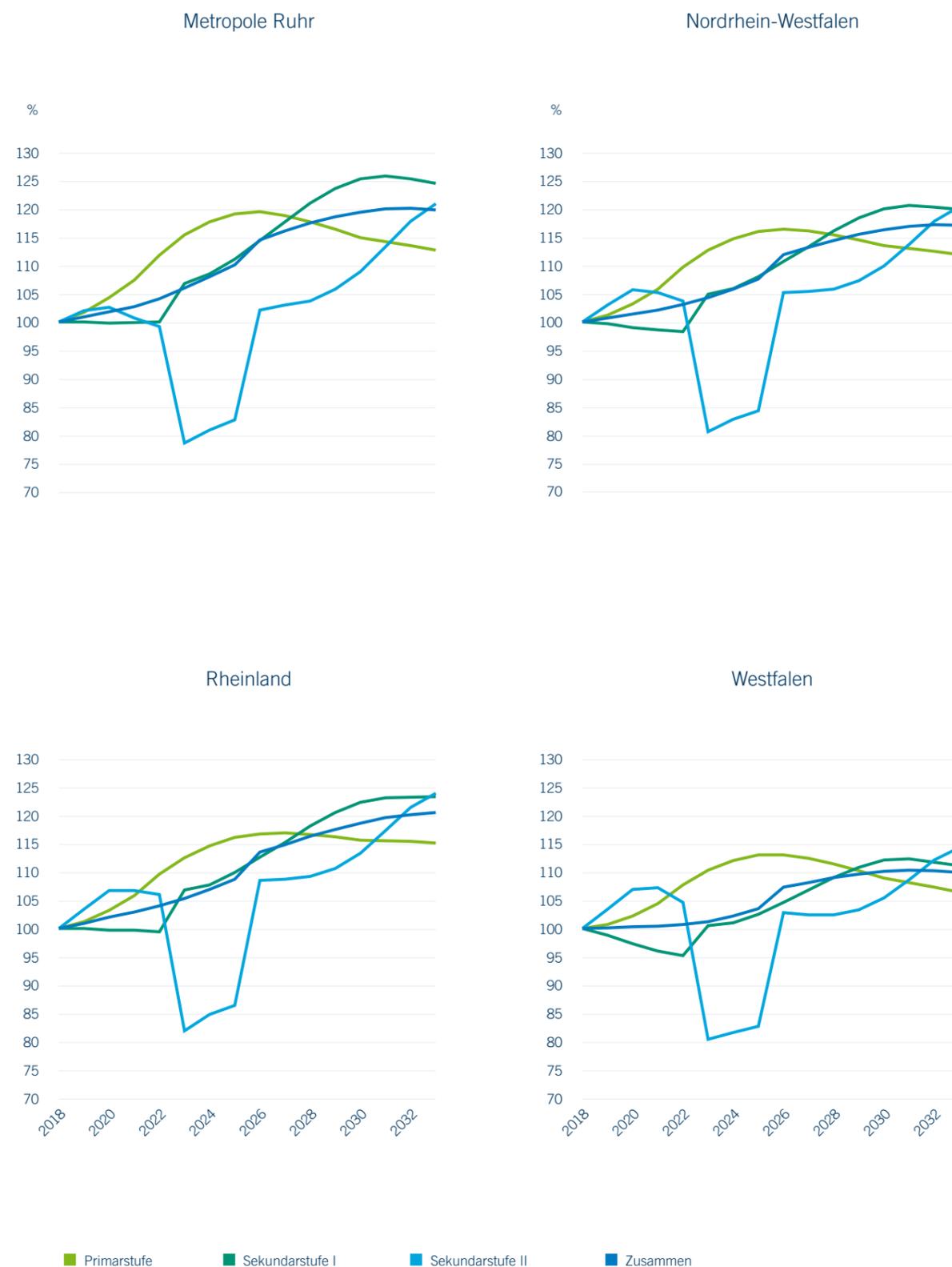
Die Entwicklung im Sekundarbereich II ist dagegen diskontinuierlich; der auch hier zu beobachtende Anstieg wird durch einen temporären Rückgang in den Schuljahren 2023/24 bis 2025/26 unterbrochen. Der Rückgang ist auf die an den meisten Schulen verlängerte Gymnasialzeit (G9) zurückzuführen. Zum Schuljahr 2019/20 haben bis auf drei Schulen alle Gymnasien in Nordrhein-Westfalen wieder auf G9 umgestellt (vgl. Information und Technik Nordrhein-Westfalen [IT.NRW], 2020, S. 5). Im weiteren Verlauf rechnet das Statistische Landesamt bis zum Schuljahr 2033/34 auch für die Sekundarstufe II im Ruhrgebiet gegenüber dem Jahr 2018/19 mit einem Zuwachs von 20,9 % (Rheinland +23,9 %, Westfalen +14,3 %).

Insgesamt ist nach der Modellrechnung auch längerfristig in allen Bildungsstufen aufgrund der verstärkten Zuwanderung und Geburtenentwicklung mit einem deutlichen Anstieg der Schüler*innenzahlen zu rechnen.

³Bei der Interpretation ist zu berücksichtigen, dass die Annahmen von Vorausberechnungen immer nur den aktuellen Kenntnisstand widerspiegeln und die Zahlen von zukünftigen empirischen Werten mehr oder weniger stark abweichen können (siehe Glossar „Bevölkerungsvorausberechnung“).

⁴Begründet wird der ausgewiesene Anstieg – wie schon bei der regionalisierten Bevölkerungsvorausberechnung – mit den temporär gestiegenen Geburtenraten und den Wanderungsgewinnen.

Abbildung 1.9: Prognostizierte Entwicklung der Schüler*innen an allgemeinbildenden Schulen nach dem Schuljahrgang (Status-quo-Prognose) 2018 bis 2033



Quelle: IT.NRW, Veränderung zum Schuljahr 2018/19 in %. Eigene Berechnung.

1.3 Soziale Entwicklung

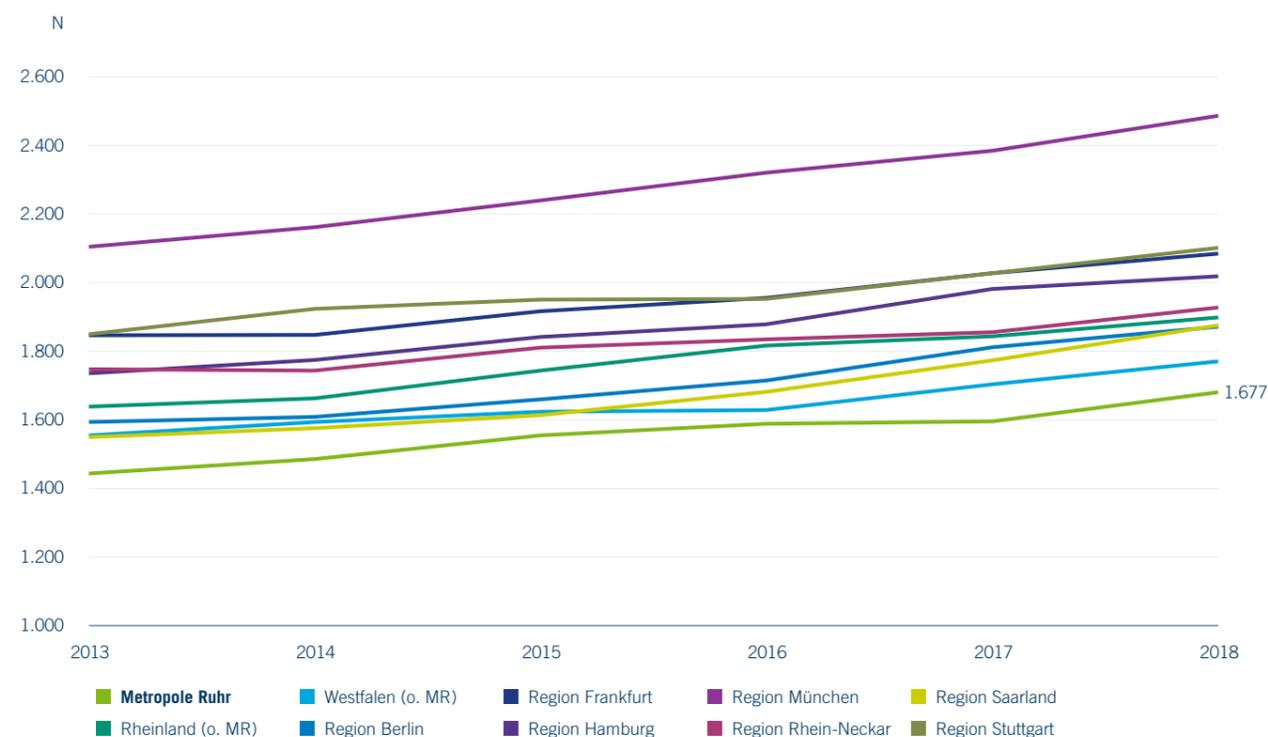
Nach wie vor entscheidet in Deutschland die soziale Herkunft maßgeblich über den Bildungserfolg und die Bildungschancen der Kinder (Autorengruppe Bildungsberichterstattung, 2018, S. 55 ff; Reiss et al. 2016, S. 285 ff.). Aktuelle Studien zeigen zudem, dass vor allem im Ruhrgebiet die lokale Bildungsbeteiligung sozialräumlich ungleich verteilt ist und im Zuge wachsender sozialer Segregation (Jeworutzki & Schräpler, 2020; Jeworutzki et al., 2016) verstärkt räumliche Bildungsdisparitäten auftreten. Diese Disparitäten werden umso deutlicher erkennbar, je kleinräumiger die Analyseebene ist (vgl. Schräpler et al., 2017; Terpoorten, 2014). Im Rahmen eines regionalen Vergleichs lassen sich aber bereits auf Kreisebene deutliche soziale Disparitäten erkennen.

Schwierige ökonomische Situation in den Familien

Die gesamtökonomische Situation im regionalen Umfeld bildet den Rahmen für die materielle Situation der Familien. Diese lässt sich durch das für die einzelnen Regionen ermittelte durchschnittliche monatliche Nettoäquivalenzeinkommen⁵ nachzeichnen. Abbildung 1.10 zeigt diesbezüglich bei Familien mit Kindern unter 18 Jahren in allen Regionen eine positive Entwicklung, allerdings liegen erhebliche Niveauunterschiede vor. 2018 wird das höchste Einkommen in den südlichen Metropolregionen Deutschlands

erreicht. Dabei liegt mit großem Abstand die Region München (2.483 €) vorne, gefolgt von Stuttgart (2.098 €) und der Region Frankfurt/Rhein/Main (2.080 €). Am unteren Ende liegen Westfalen (1.767 €) und das Ruhrgebiet (1.677 €). Das Rheinland liegt mit 1.895 € im Mittelfeld. Bei der Interpretation der Werte ist zu berücksichtigen, dass auch die Preisniveaus und damit die Kaufkraft regional unterschiedlich ausfallen und sich diese Differenzen etwas relativieren können.

Abbildung 1.10: Durchschnittliches Nettoäquivalenzeinkommen der Familien mit Kindern unter 18 Jahren in den Regionen 2013 bis 2018



Quelle: IT.NRW, Mikrozensus. Eigene Berechnung.

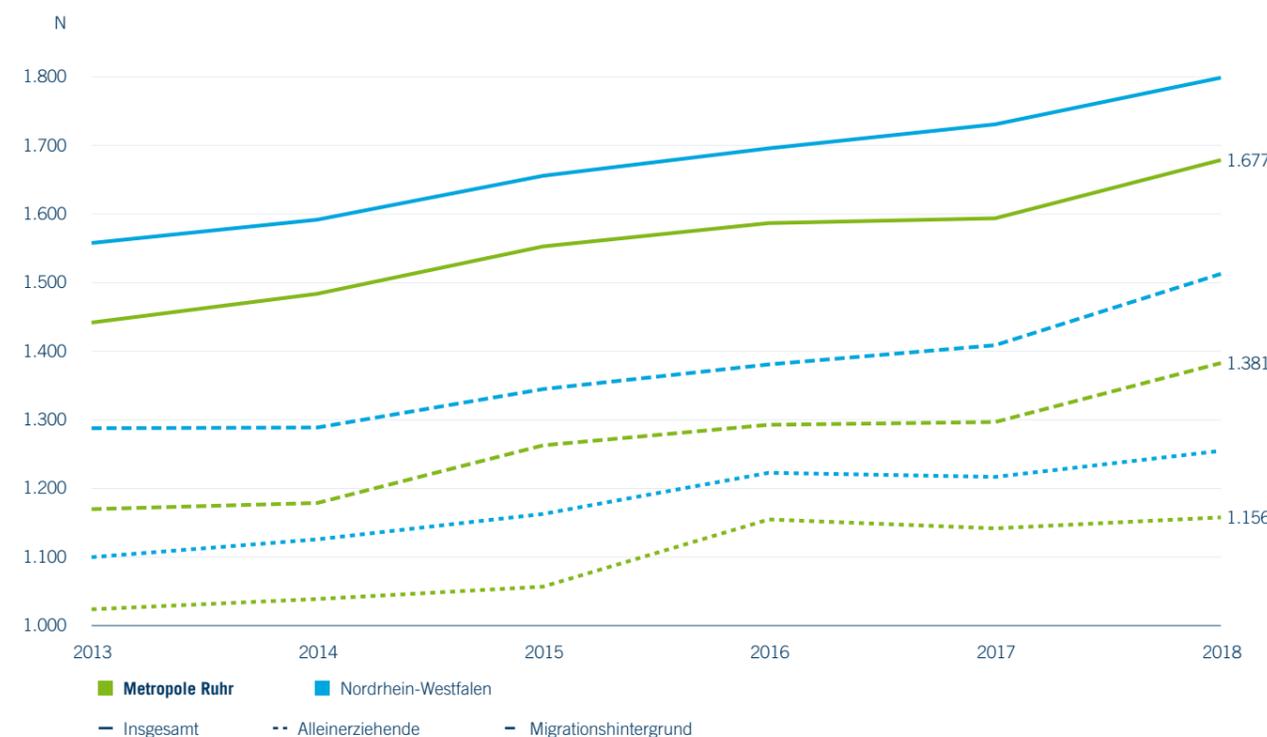
Das höchste (Äquivalenz-) Einkommen wird [...] mit großem Abstand in der Region München (2.483 €) erreicht [...]. Am unteren Ende liegt [...] das Ruhrgebiet (1.677 €).

⁵Das Äquivalenzeinkommen ist ein bedarfsgewichtetes Pro-Kopf-Einkommen je Haushaltsmitglied (siehe Glossar „Äquivalenzeinkommen“).

An dieser Stelle ist eine weitere Differenzierung notwendig: Es ist bekannt, dass Paarfamilien deutlich höhere Einkommen erzielen als Alleinerziehende und Familien mit Migrationshintergrund insgesamt geringere Einkommen aufweisen. In Abbildung 1.11 wird daher die Entwicklung des Einkommens dieser unterschiedlichen Familienkonstellationen in den Regionen Nordrhein-Westfalens und in Deutschland nachgezeichnet.

Im Jahr 2018 liegt das durchschnittliche monatliche Nettohaushaltsäquivalenzeinkommen im Ruhrgebiet aller Familien insgesamt bei 1.677 €, in Familien mit Migrationshintergrund bei 1.381 € und bei Alleinerziehenden nur bei 1.156 €. Im Rheinland, aber auch in Westfalen sind diese Werte im Vergleich höher. Vor allem im Ruhrgebiet tragen damit Alleinerziehende ein deutlich erhöhtes Armutsrisiko.

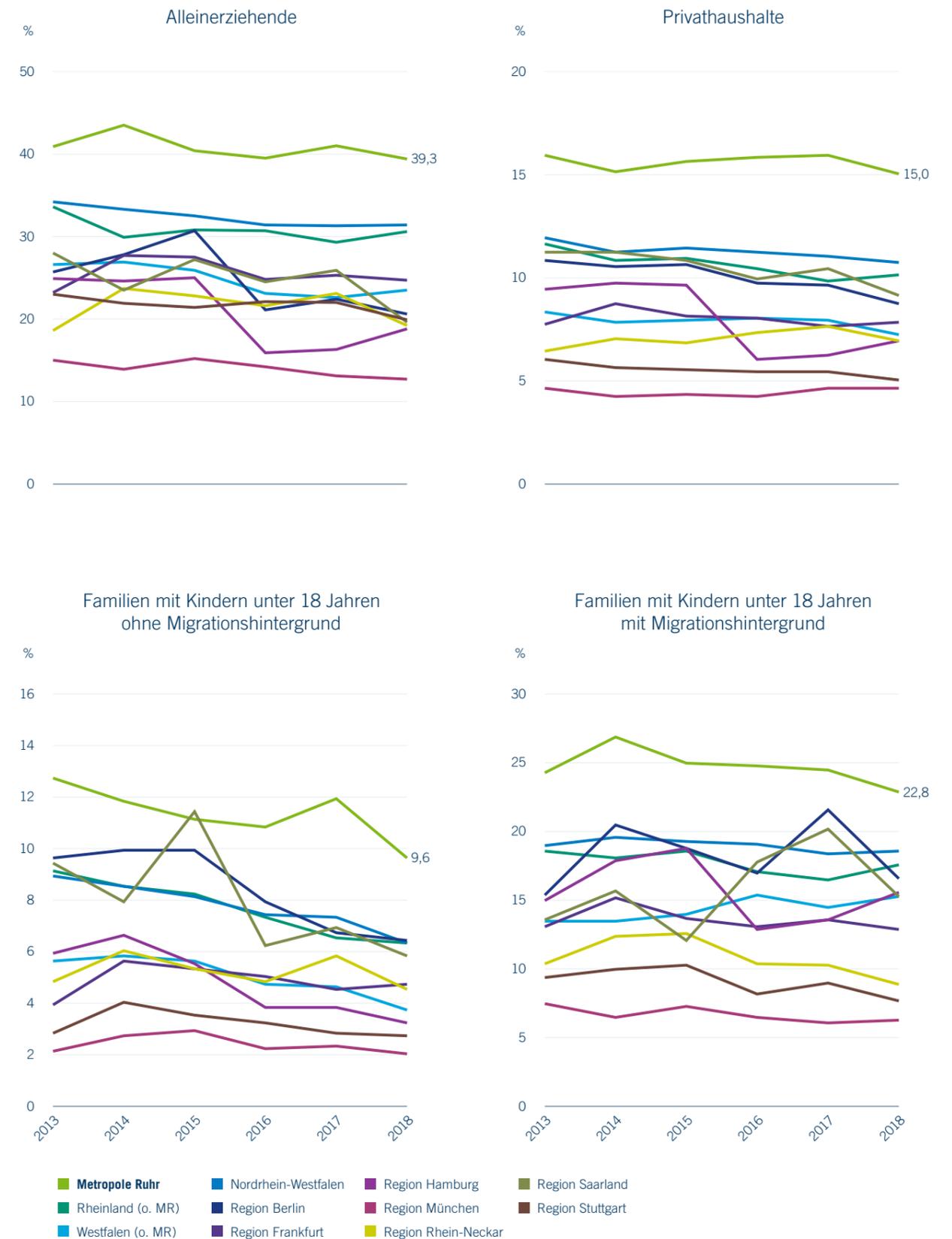
Abbildung 1.11: Durchschnittliches monatliches Nettohaushaltsäquivalenzeinkommen der Familien mit Kindern unter 18 Jahren in € 2013 bis 2018



Quelle: IT.NRW, Mikrozensus

Abbildung 1.12 zeigt dies noch einmal eindrücklich anhand der Anteile der Familien, in denen der überwiegende Lebensunterhalt der Bezugsperson aus ALG I, ALG II oder Sozialhilfe bestritten wird. Es werden alle Privathaushalte, Familien mit Kindern unter 18 Jahren mit und ohne Migrationshintergrund sowie Alleinerziehende unterschieden. Es fällt auf, dass im Regionenvergleich in allen betrachteten Lebensformen das Ruhrgebiet stets, mit einem relativ großen Abstand zu den anderen Regionen, die höchsten Anteile an Transferempfänger*innen aufweist. Die Spannweite der Anteile zwischen den Regionen ist dabei erheblich: Bei Alleinerziehenden erhalten 2018 im Ruhrgebiet 39,3 % entsprechende Transferzahlungen, in der Region München sind es nur 12,6 %. Von den Familien mit minderjährigen Kindern und Migrationshintergrund erhalten im Ruhrgebiet 22,8 % (ohne Migrationshintergrund 10 %) und in der Region München nur 6,2 % (ohne Migrationshintergrund 2 %) Transferzahlungen. Die Entwicklung der Anteile von Familien mit Transferzahlungen ist in den meisten Familienformen und Regionen etwas rückläufig.

Abbildung 1.12: Bezug von ALG I, II und Sozialhilfe 2013 bis 2018 in den Regionen



*Bezugsgröße ist die Gesamtzahl der Familien bzw. Privathaushalte, deren überwiegender Lebensunterhalt nicht durch Rente oder Pensionen bestritten wird.

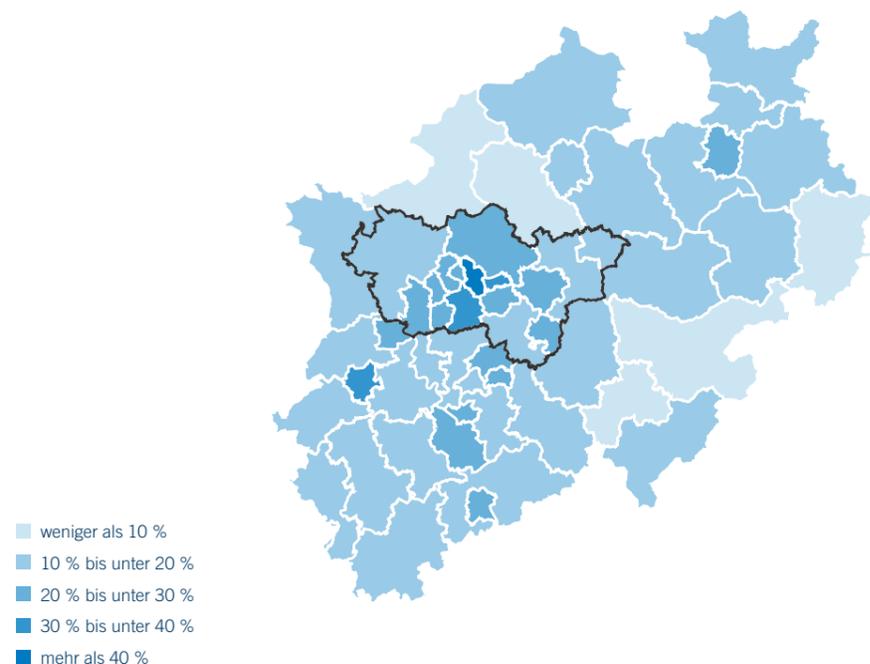
Quelle: IT.NRW, Mikrozensus. Eigene Berechnung.*

Hohe SGB-II-Quoten der unter 15-Jährigen in den großen Städten der Metropole Ruhr

Der Blick auf die finanzielle Situation der Familien zeigt, dass Kinder und Jugendliche unter ganz verschiedenen ökonomischen Rahmenbedingungen aufwachsen. Im Folgenden soll die soziale Situation der unter 15-Jährigen genauer in den Fokus genommen werden. Als guter Indikator für Kinderarmut gilt die Quote der unter 15-Jährigen in Bedarfsgemeinschaften nach dem Sozialgesetzbuch II (SGB II). In Abbildung 1.13 ist die Verteilung der durchschnittlichen SGB-II-Quote der unter 15-Jährigen auf Kreisebene dargestellt. Erkennbar ist, dass 2018 insbesondere die großen Ruhrgebietsstädte Duisburg (29,9 %), Essen (33,7 %) und Dortmund (29,7 %) sehr hohe Quoten aufweisen. Die Stadt Gelsenkirchen kommt mit 40,4 % auf die höchste Quote bundesweit, gefolgt von Bremerhaven mit 33,8 %.

Die räumliche Verteilung entspricht weitestgehend der Arbeitslosenquote. Die höchsten Arbeitslosenquoten finden sich im Ruhrgebiet. Auch hier weist Gelsenkirchen mit 13,2 % im Jahr 2018 den höchsten Wert auf. In den beiden anderen Vergleichsregionen in NRW haben lediglich Krefeld und Mönchengladbach ähnlich hohe Quoten wie die kreisfreien Städte des Ruhrgebiets.

Abbildung 1.13: SGB-II-Quote der unter 15-Jährigen 2018 in den Kreisen und kreisfreien Städten NRW (in %)



Quelle: Statistisches Bundesamt, Regionaldatenbank Deutschland. Anteil der unter 15-Jährigen in SGB-II-Bedarfsgemeinschaften an allen unter 15-Jährigen zum Stichtag 31.12.2018. Eigene Berechnung.

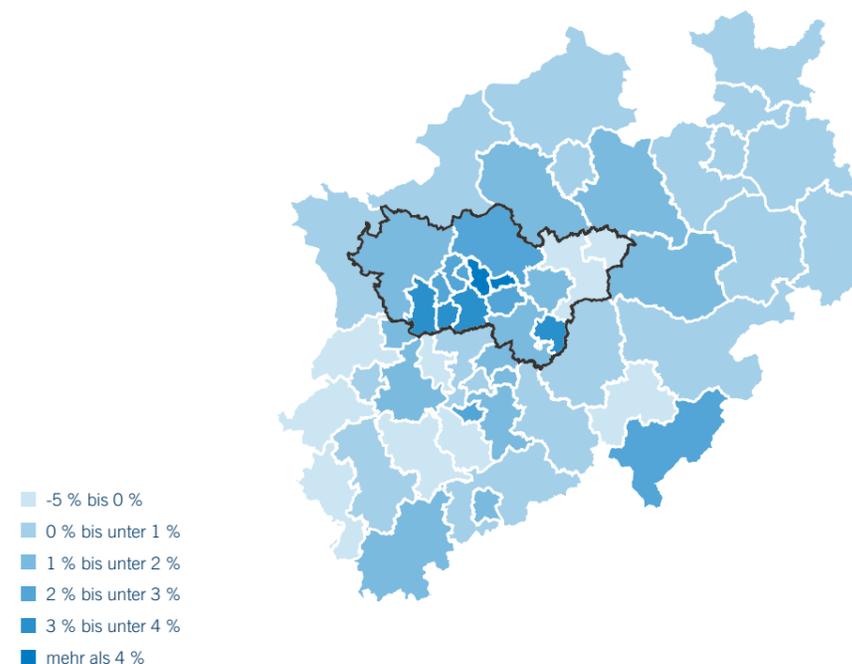
Geringere SGB-II-Quoten der unter 15-Jährigen in den Vergleichsregionen

Um die soziale Lage der Minderjährigen in der Metropole Ruhr im bundesweiten Vergleich einzuordnen, werden die SGB-II-Quoten der unter 15-Jährigen für die Vergleichsregionen in Abbildung 1.15 (siehe Seite 38) dargestellt.

In den süddeutschen Vergleichsregionen ist die SGB-II-Quote der Minderjährigen sehr gering: In der Region München liegt die Quote im Jahr 2018 nur bei 7,1 % und in der Region um Stuttgart bei rund 9 %, während das Ruhrgebiet mit rund 26 % das Schlusslicht bildet. Interessant ist in diesem Zusammenhang die zeitliche Entwicklung in den beiden Regionen mit besonders hoher Quote. Berlin wies im Jahr 2013 mit 26,4 % noch den höchsten Vergleichswert auf, das Ruhrgebiet lag damals mit durchschnittlich 23,8 % etwas darunter. Während in Berlin die Quote im weiteren zeitlichen Verlauf um ca. 4,5 Prozentpunkte sank, ist sie im Ruhrgebiet um 2,4 Prozentpunkte angestiegen. Auf den ersten Blick scheint sich in Berlin eine Verbesserung der sozialen Situation der unter 15-Jährigen abzuzeichnen, während das Ruhrgebiet weiter zurückgefallen ist. Allerdings hat gerade in Berlin die Anzahl der 15-Jährigen Personen in diesem Zeitraum um ca. 21 Prozentpunkte zugenommen hat, während die Anzahl im Ruhrgebiet relativ konstant geblieben ist. Die Verbesserung der sozialen Lage der Minderjährigen in Berlin kann insofern auch durch eine selektive Zuwanderung ökonomisch stärkerer Bevölkerungsgruppen zustande gekommen sein.

In diesem Zusammenhang ist auch ein Blick auf die Entwicklung in den letzten Jahren hilfreich. Abbildung 1.14 zeigt für alle Kreise die Veränderung gegenüber 2013 in Prozentpunkten. Die Stadt Gelsenkirchen fällt hier mit einem Zuwachs um 7,0 Prozentpunkte besonders stark auf. Keine andere kreisfreie Stadt in NRW hat einen ähnlich hohen Anstieg zu verzeichnen – bundesweit ist der Anstieg lediglich in Salzgitter mit 9,5 Prozentpunkten noch höher. Verbessert hat sich in NRW die Situation vor allem in der Ruhrgebietsstadt Hamm (-4,7 Prozentpunkte). Die weiteren kreisfreien Städte der Metropole Ruhr, etwa Hagen, Herne, Duisburg und Mülheim a. d. Ruhr, haben sich mit Wachstumsraten zwischen drei und vier Prozentpunkten verschlechtert.

Abbildung 1.14: Veränderung der SGB-II-Quote der unter 15-Jährigen zwischen 2013 und 2018 in den Kreisen und kreisfreien Städten NRW (in %)



Quelle: Statistisches Bundesamt, Regionaldatenbank Deutschland. Eigene Berechnung.

Starke soziale Segregation in der Metropole Ruhr

Die bisherigen Auswertungen zur sozialen Lage bezogen sich auf die räumliche Ebene der Kreise oder Regionen. Durch die damit verbundene Durchschnittsbildung werden kleinräumige lokale Unterschiede, etwa zwischen Vorortwohnvierteln, innerstädtischen Lagen oder Großwohnsiedlungen, nivelliert. Aktuelle Studien auf kleinräumiger Ebene zeigen, dass in Nordrhein-Westfalen und speziell im Ruhrgebiet die Diversität innerhalb der Städte häufig größer ist als zwischen den Kreisen und Gemeinden (vgl. Jeworutzki & Schräpler, 2020). Abbildung 1.16 zeigt die SGB-II-Bedarfsgemeinschaftsquote (BG-Quote) auf Bezirksebene für die Metropole Ruhr im Jahr 2017.⁶ Erkennbar ist die sehr ungleiche räumliche Verteilung der Quoten. Im Ruhrgebiet zeigt sich eine seit Jahrzehnten bestehende Spaltung zwischen den stark vom Bergbau geprägten nördlichen und den südlichen, vom intensiven Bergbau verschonten Stadtteilen. Hohe bis sehr hohe BG-Quoten, aber auch hohe Anteile an Migrant*innen und kinderstarken Familien finden sich insbesondere im Norden der Metropole Ruhr und hier vor allem in den größeren Ruhrgebietsstädten wie z. B. in Mülheim a. d. Ruhr, Essen und Dortmund sowie Gelsenkirchen. Im Süden der Metropole Ruhr sind die Quoten deutlich geringer.

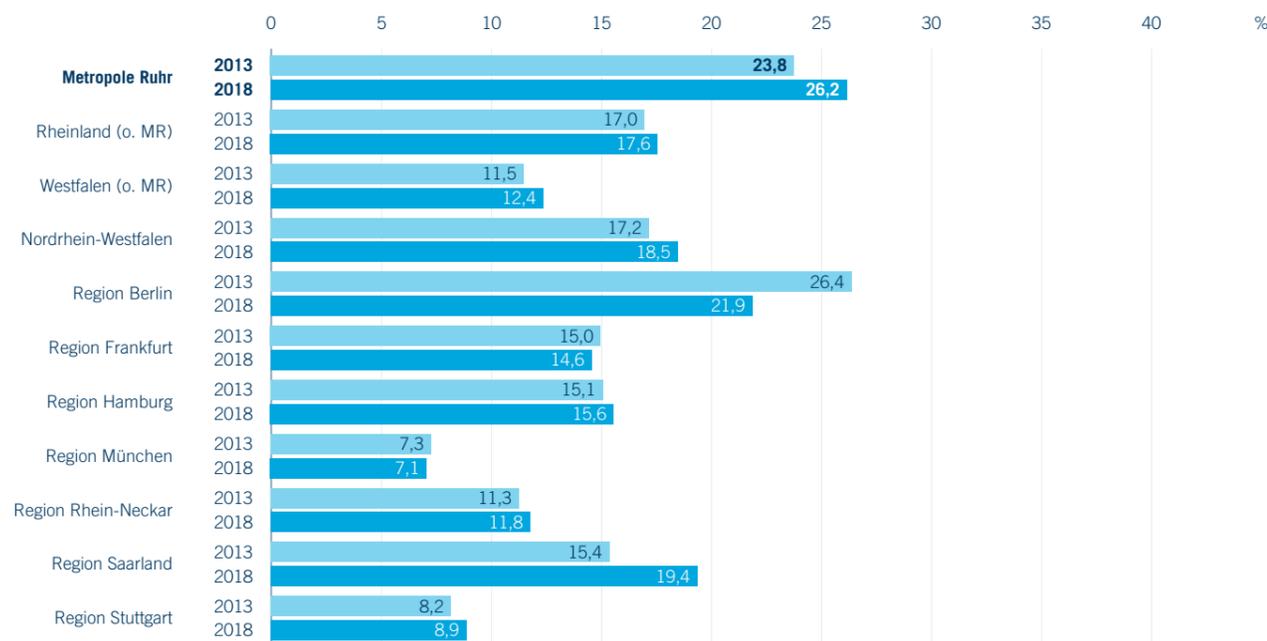
grafischen und ethnischen Segregation. Sie wird daher häufig auch als Sozialäquator bezeichnet.

Diese starke Segregation hat auch Folgen für die Bildungsteilhabe in dieser Region. Viele Schulen und KiTas im nördlichen Ruhrgebiet weisen hohe bis sehr hohe Anteile an Kindern in Armut und mit nichtdeutscher Familiensprache auf. Diese Schulen und KiTas bedürfen einer besonderen Unterstützung und weisen i. d. R. einen höheren Personalbedarf auf. Dementsprechend ist eine bedarfsorientierte Personalversorgung von Schulen notwendig, die chancenausgleichend wirkt und die Integration sozial schwächerer Schüler*innen sowie Schüler*innen mit nichtdeutscher Familiensprache zum Ziel haben muss. In NRW wurden zu diesem Zweck die ersten Schritte zur Einführung eines schulscharfen Sozialindex unternommen.

Die Autobahn A40 durchläuft die Ruhrgebietsregion von West nach Ost und ist dabei ein visueller Repräsentant dieser sozialen, demo-

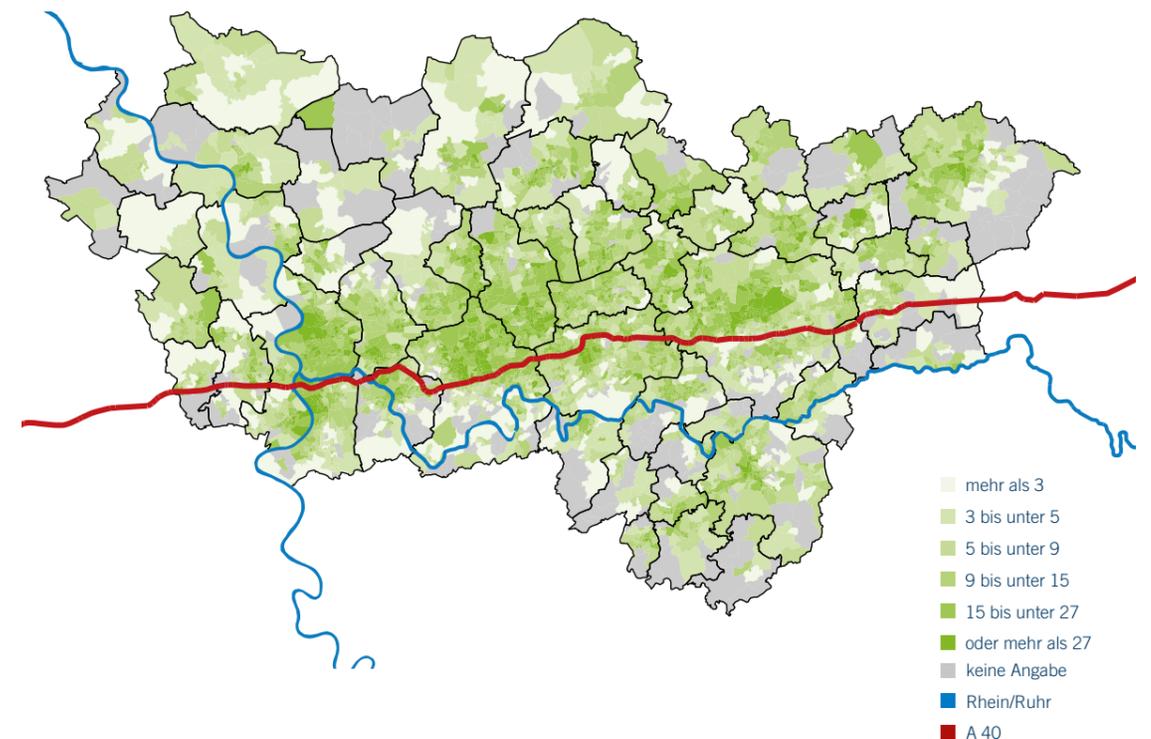
⁶Als Bezirke dienen die Postleitzahl-8-Gebiete der Firma microm. Diese umfassen in NRW im Durchschnitt 568 Haushalte.

Abbildung 1.15: SGB-II-Quote der unter 15-Jährigen 2013 bis 2018 in den Regionen



Quelle: Statistisches Bundesamt, Regionaldatenbank Deutschland. Eigene Berechnung.

Abbildung 1.16: SGB-II-Bedarfsgemeinschaftsquoten auf Bezirksebene für die Metropole Ruhr 2017 (in %)



Quelle: Jeworutzki & Schräpler (2020), S. 15. Farben verändert.

1.4 Wirtschaftliche Entwicklung

Regional unterschiedliche Dynamik bei der Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts je erwerbstätiger Person

Die wirtschaftliche Entwicklung der Regionen ist eng verknüpft mit der sozialen Lage in den Kommunen und beeinflusst in vielerlei Hinsicht den Handlungsspielraum der Kommunen als Träger der verschiedenen Bildungsinstitutionen.

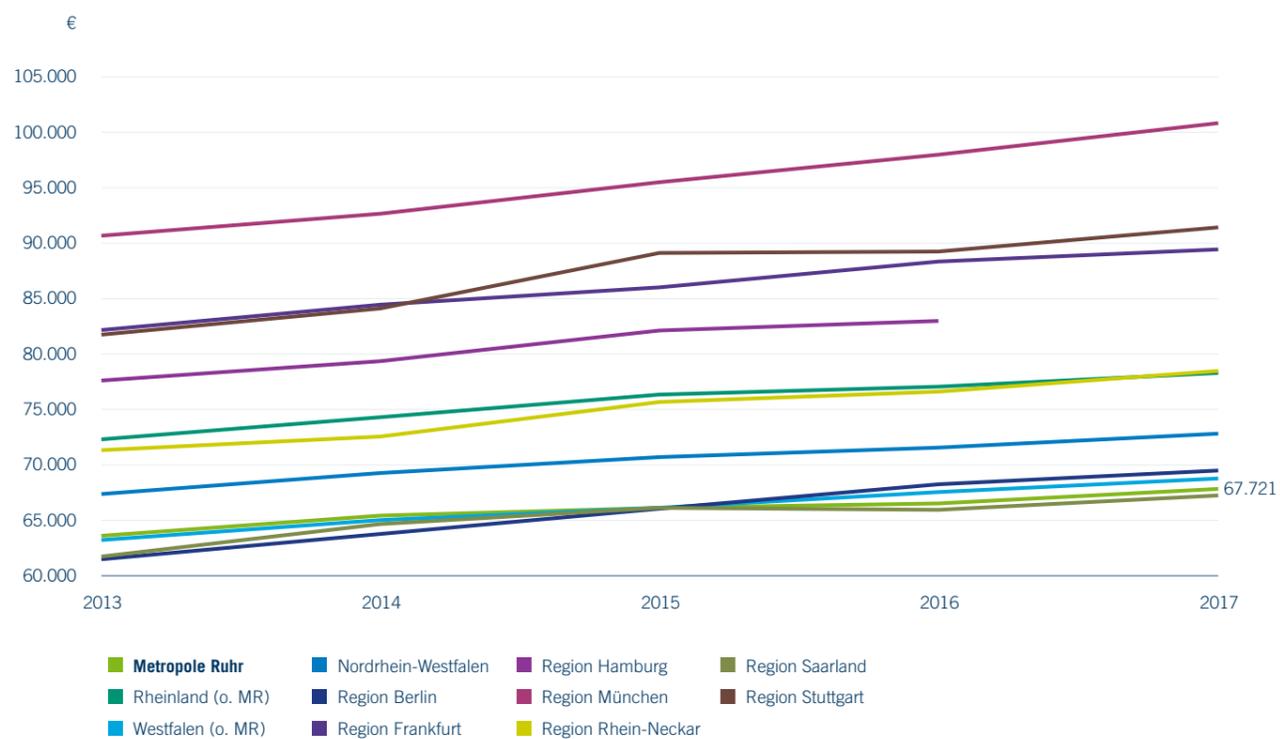
Zur Darstellung der regionalen Wirtschaftsentwicklung und der Wettbewerbsfähigkeit einer Region wird zumeist die Arbeitsproduktivität herangezogen. Die Arbeitsproduktivität ergibt sich aus dem Quotienten des Bruttoinlandsprodukts und der Erwerbstätigenzahl⁷. Im Rahmen einer regionalen Betrachtung ist neben der Analyse von Niveauunterschieden vor allem auch die Frage relevant, inwieweit die im Fokus stehenden Regionen sich im Zeitverlauf annähern oder eher auseinanderdriften.

Abbildung 1.17 zeigt für die Regionen die Entwicklung der Arbeitsproduktivität in den Jahren 2013 bis 2017. In allen Regionen entwickelte sie sich positiv. Allerdings sind die Unterschiede im Niveau als auch im Zuwachs erheblich. Die Region München weist im Jahr 2017 mit einer Wirtschaftsleistung von 100.717 € je erwerbstätiger Person den mit Abstand größten Wert auf während das Ruhrgebiet mit 67.721 € den vorletzten Platz der Vergleichsregionen belegt.

Ein Blick auf die Dynamik der Entwicklungen zeigt offensichtlich ein Auseinanderdriften der Regionen. Berlin lag im Jahr 2013 noch erkennbar hinter dem Ruhrgebiet (61.375 € bzw. 63.492 €). Während in Berlin dann die Arbeitsproduktivität bis 2017 um 13,04 % zulegen konnte, hatte das Ruhrgebiet mit nur 6,7 % den niedrigsten Zuwachs aller hier betrachteten Regionen zu verzeichnen. Erkennbar ist auch, dass das BIP pro erwerbstätiger Person im Ruhrgebiet sich zwischen 2014 und 2016 deutlich langsamer entwickelte und es erst danach wieder an die allgemeine positive Entwicklung der anderen Regionen anknüpfen konnte.

⁷Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) misst den Wert der im Inland hergestellten Waren und Dienstleistungen (Wertschöpfung). Es entspricht der Bruttowertschöpfung aller Wirtschaftsbereiche zuzüglich der Gütersteuern und abzüglich der Gütersubventionen (siehe Glossar „Bruttoinlandsprodukt“).

Abbildung 1.17: BIP je erwerbstätiger Person 2013 bis 2017 in den Regionen



Quelle: Statistisches Bundesamt, Regionaldatenbank Deutschland. Eigene Berechnung. BIP je Erwerbstätigen im Jahresdurchschnitt (Inlandskonzept). Für Hamburg liegen für 2017 noch keine Angaben vor.

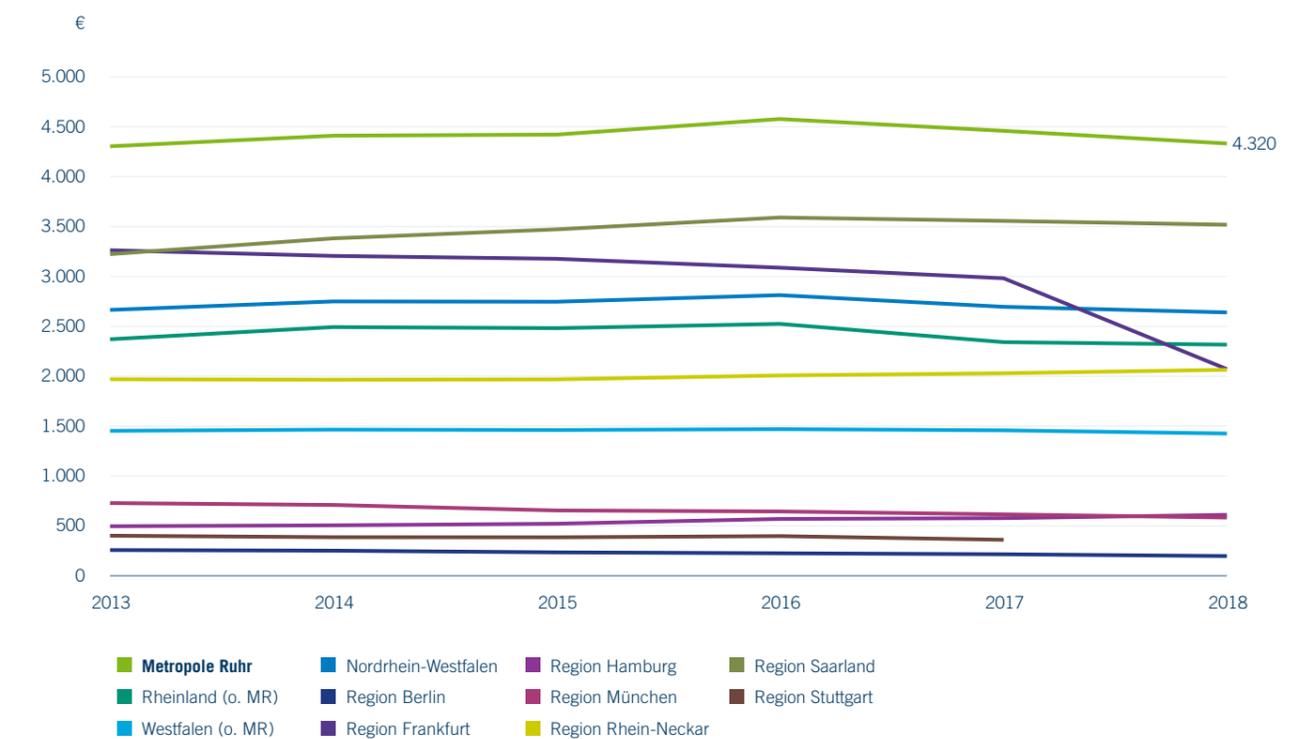
Finanzieller Handlungsspielraum der öffentlichen Haushalte deutlich eingeschränkt

Eine starke Verschuldung kommunaler Haushalte führt i. d. R. dazu, dass weniger Mittel für die Bildung zur Verfügung stehen und notwendige Investitionen gar nicht oder nur erst spät erfolgen. In vielen Kommunen in Deutschland ist die finanzielle Handlungsfähigkeit aufgrund der Höhe der Verschuldung – insbesondere der hohen Kassenkredite – stark eingeschränkt. Bei einem Vergleich des Schuldenstands der Kommunen über die Ländergrenzen hinweg ist zu beachten, dass die Aussagekraft begrenzt ist: Der Kommunalisierungsgrad, also der Anteil der Gesamtausgaben der Länder auf kommunaler Ebene, ist in den einzelnen Bundesländern unterschiedlich hoch. Mit der Verlagerung von Aufgaben von der Landes- auf die kommunale Ebene geht auch eine landesspezifische Aufteilung der Einnahmen und Ausgaben sowie des Schuldenstands zwischen Land und Kommune einher (Statistisches Bundesamt, 2018).

Abbildung 1.18 zeigt die durchschnittlichen Schulden der kommunalen Kernhaushalte pro Einwohner*in in Euro für die Vergleichsregionen. Die Schulden der Kernhaushalte umfassen Kassenkredite, mittel- und langfristige Kredite sowie Wertpapier-schulden. Den höchsten Schuldenstand weist im Jahr 2018 mit 4.320 € pro Kopf das Ruhrgebiet auf; er war allerdings seit 2016 rückläufig und 2018 etwa wieder auf dem Wert von 2013.⁸

⁸Die kommunale Finanzsituation ist das Ergebnis eines komplexen Zusammenspiels aus exogenen (strukturellen und rechtlichen) Rahmenbedingungen mit endogenen Voraussetzungen und Entscheidungen innerhalb einer Gemeinde. Die teilweise sehr hohen Schulden der Ruhrgebietsstädte sind u. a. Resultat des strukturellen Wandels und den damit verbundenen sinkenden Einnahmen und stark gestiegenen Sozialausgaben, die diese Städte aufbringen müssen (Bertelsmann Stiftung, 2019, S. 19).

Abbildung 1.18: Schulden der Kernhaushalte je Einwohner*in 2013 bis 2018 in den Regionen



Quelle: Statistisches Bundesamt, Regionaldatenbank Deutschland. Eigene Berechnung. Für Stuttgart liegen noch keine Angaben für 2018 vor.

Der positive Trend der letzten zwei Jahre lässt sich angesichts der dramatischen Steuerrückgänge und hohen Ausgaben der Kommunen im Rahmen der Corona-Krise 2020 aller Voraussicht nach nicht fortschreiben. Einnahmerückgänge gibt es bei der Einkommenssteuer, den KiTa-Beiträgen, Museen, Theatern und Schwimmbädern. Mit Mehrausgaben haben vor allem die Gesundheitsämter, Ordnungsbehörden und Schulen zu rechnen. Der Deutsche Städte- und Gemeindebund fordert daher in einem Papier einen Bund-Länder-Finanzierungsfonds „Sicherung der Kommunalfinanzen in der Corona-Krise“, der in der Grundaussstattung leistungsstark eingerichtet und der zukünftigen Entwicklung dynamisch angepasst werden kann (Deutscher Städte- und Gemeindebund, 2020).

Einige Bundesländer haben zudem neue Programme zur Unterstützung überschuldeter Kommunen aufgelegt. Ein Beispiel dafür sind die Konsolidierungshilfen in Hessen. Der deutliche Schulden-

rückgang der Region Frankfurt/Rhein/Main geht auf die Hessenkasse zurück. Darüber wurden 179 hessische Kommunen mit insgesamt fast fünf Milliarden Euro an kommunalen Kassenkrediten entschuldet. Damit werden die Lasten der Vergangenheit von Landkreisen, Städten und Gemeinden getilgt und den Kommunen ein finanzieller Neustart ermöglicht (Hessisches Ministerium der Finanzen, 2018).

Im September 2019 hat die Landesregierung in Nordrhein-Westfalen ein neues Programm zum Abbau kommunaler Altschulden angekündigt. Es soll jedoch erst konkretisiert werden, wenn der Bund erklärt hat, wie er sich bei den kommunalen Altschulden finanziell einbringt.

Strukturwandel führt zu wesentlichen Veränderungen der Beschäftigungsstruktur

Der Strukturwandel hat im Ruhrgebiet zu erheblichen Veränderungen der Beschäftigtenstruktur geführt (vgl. Schräpler et al. 2017, Jeworutzki et al. 2017, S. 57 ff). Viele klassische Industriestandorte haben eine vielfältige Transformation erfahren, ebenso haben sich Unternehmen aus anderen Branchen angesiedelt. Anfang der 1970er-Jahre war der größte Anteil an der Bruttowertschöpfung in Nordrhein-Westfalen noch auf das Produzierende Gewerbe entfallen. Seit Beginn der 1970er-Jahre ist der Anteil des Dienstleistungsbereichs an der Bruttowertschöpfung immer weiter angestiegen: von knapp 50 % auf rund 70 % im Jahr 2005. In diesem Zeitraum entfallen positive Wachstumsraten fast vollständig auf den Dienstleistungsbereich und darin insbesondere auf produktionsnahe Dienstleistungen in der Industrie (Schräpler, 2007, S. 42).

Diese Entwicklung spiegelte sich ebenfalls in der Beschäftigtenstruktur wider: Nach Angaben des Regionalverbands Ruhr waren im Jahr 1970 etwa 40,0 % der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten im Ruhrgebiet in einem Dienstleistungsberuf tätig (Regionalverband Ruhr, 2012b, S.8).

Im Jahr 2009 hat sich der Anteil an sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in den Dienstleistungsberufen im Ruhrgebiet auf insgesamt 71,4 % erhöht. In den darauffolgenden Jahren ist der Anteil weiter gestiegen und betrug im Jahr 2018 76,3 % (Regionalverband Ruhr, 2020). Der Anteil der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten im Produzierenden Gewerbe ist im Ruhrgebiet hingegen von 58,4 % im Jahr 1970 (Regionalverband Ruhr, 2012b, S. 8) auf 23,5 % im Jahr 2018 gesunken (Regionalverband Ruhr, 2020).⁹

⁹Der Anteil der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten im Produzierenden Gewerbe ist in den Städten des Ruhrgebiets unterschiedlich hoch. Besonders niedrig ist er z. B. in Essen, im Jahr 2018 lag er hier bei 16,7 %. In Duisburg lag der Anteil dagegen noch bei 26,3 % (Regionalverband Ruhr, 2020).

Vergleich mit den anderen Regionen auf Basis der Erwerbstätigenstatistik

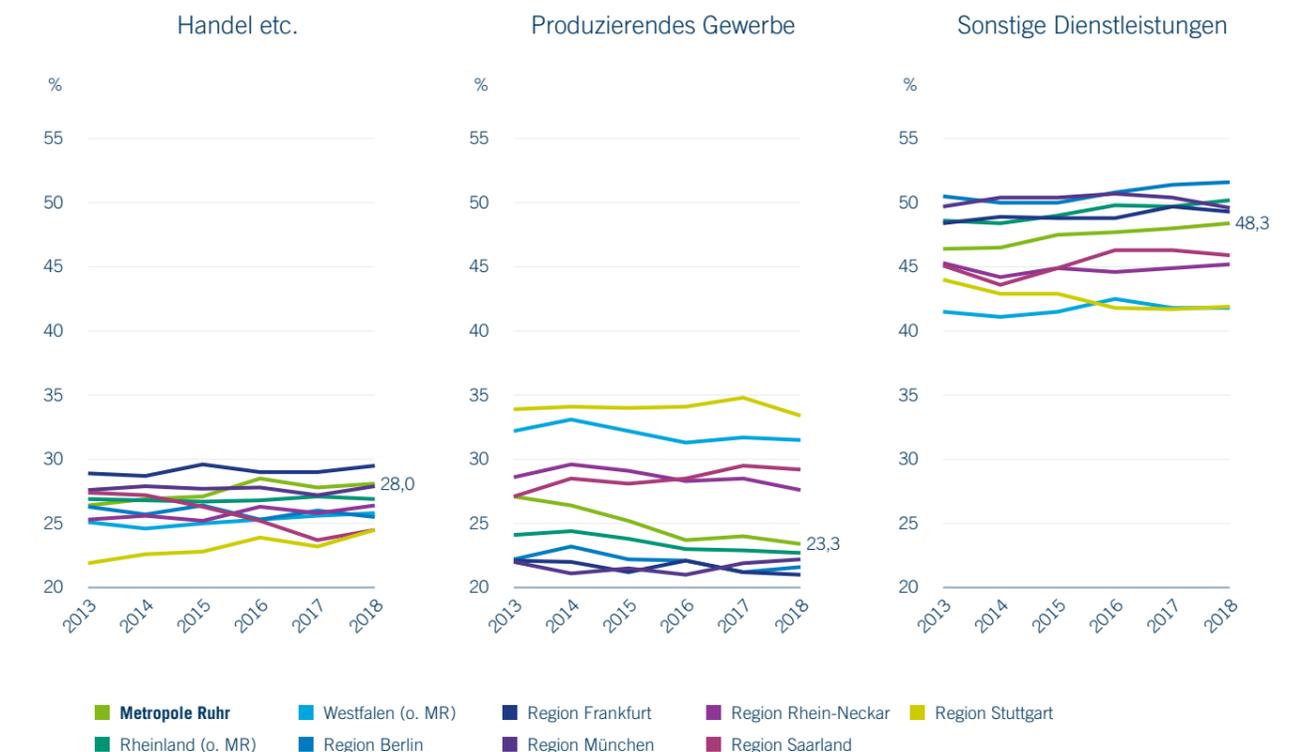
Zum Vergleich mit den anderen Regionen wird die Erwerbstätigenstatistik auf Basis der Daten des Mikrozensus herangezogen. Die Zahl der Erwerbstätigen fällt höher aus als die der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten, da bei dieser Betrachtung auch Selbstständige, Beamte und geringfügig Beschäftigte mit einbezogen werden. Abbildung 1.19 zeigt die Verteilung der Anteile der Erwerbstätigen¹⁰ auf die Wirtschaftsbereiche des sekundären und tertiären Sektors für die Regionen im Beobachtungszeitraum (siehe Glossar „Wirtschaftssektoren“). Der tertiäre Sektor wird noch in „Handel, Gastgewerbe und Verkehr, Information und Kommunikation“ sowie „sonstige Dienstleistungen“ unterteilt. In den Metropolregionen sind die Anteile Erwerbstätiger im primären Sektor sehr gering und die Angaben des Mikrozensus nur eingeschränkt belastbar. Für die betrachteten Regionen werden die Anteile daher nicht ausgewiesen.

Im Vergleich ist erkennbar, dass in keiner anderen Region in den betrachteten fünf Jahren die Anteile Erwerbstätiger am Produzierenden Gewerbe so stark gesunken sind wie im Ruhrgebiet. Der Anteil sinkt von 27,0 % im Jahr 2013 auf 23,3 % im Jahr 2018. Die Anzahl Erwerbstätiger ist hier um rund 8 % zurückgegangen. Das industrielle Herz schlägt in Nordrhein-Westfalen mittlerweile

nicht mehr im Ruhrgebiet, sondern in Süd-Westfalen (Bogumil et al., 2013). Das zeigt sich auch im regionalen Vergleich: In Westfalen und in der Region Stuttgart liegen die Erwerbstätigenanteile in der Industrie noch bei über 30 %. Das Ruhrgebiet hat dagegen in diesem Zeitraum deutliche Zuwächse bei der Anzahl Erwerbstätiger im Wirtschaftsbereich Handel und Verkehr (+13,0 %) sowie sonstige Dienstleistungen (+10,6 %). Die hohen Beschäftigungsverluste im Produzierenden Gewerbe konnten allerdings im Ruhrgebiet nicht vollständig durch den Beschäftigungszuwachs im tertiären Bereich ausgeglichen werden. Bogumil u. a. beschreiben diese Entwicklung als das »Kernproblem des Ruhrgebiets« (Bogumil et al., 2012, S. 46).

¹⁰Als „erwerbstätig“ gelten Personen ab 15 Jahre, die in einem Arbeitsverhältnis stehen, selbstständig ein Gewerbe betreiben oder freiberuflich tätig sind, inkl. Beamter und mithelfender Familienangehöriger. Die Dauer der tatsächlich geleisteten oder vertragsgemäß zu leistenden wöchentlichen Arbeitszeit spielt keine Rolle.

Abbildung 1.19: Anteil der Erwerbstätigen nach Wirtschaftsbereich in den Regionen 2013 bis 2018



Quelle: IT.NRW, Mikrozensus. Eigene Berechnung. Anteil der Erwerbstätigen in den Regionen nach Wirtschaftsbereich von 2013 bis 2018. Die Region Hamburg ist aufgrund einer unzureichenden Datenlage im Mikrozensus nicht aufgeführt.

Beschäftigungsstarke Branchen im Dienstleistungsbereich im Ruhrgebiet

Von den insgesamt 2,35 Mio. Erwerbstätigen im Jahr 2018 sind im Ruhrgebiet 1,75 Mio. Personen sozialversicherungspflichtig beschäftigt. Das sind 8,7 % mehr als noch im Jahr 2013. Von den sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten sind 1,33 Mio. im tertiären Sektor tätig.¹¹ Die gestiegenen Beschäftigtenanteile im Dienstleistungsbereich lassen sich im Ruhrgebiet u. a. vor dem Hintergrund neu entstandener Beschäftigungsmöglichkeiten erklären. Ein Beispiel dafür ist der Ausbau der Hochschullandschaft ab den 1960er-Jahren: 1961 wurde zunächst die Ruhr-Universität Bochum gegründet, es folgte die Technische Universität Dortmund im Jahr 1968 und dann die Gesamthochschule Duisburg sowie die Gesamthochschule Essen 1972 (vgl. Bogumil et al., 2012, S. 43). Mit der zunehmenden Bedeutung von Wissen gewannen die wissensbasierten und auch die kreativen Dienstleistungen zunehmend an Relevanz, vor allem gegenüber der materiellen Produktion. Ebenso hat das Gesundheits- und Sozialwesen enorme Arbeitsplatzzuwächse zu verzeichnen. In diesem Wirtschaftsabschnitt (Klassifikation der Wirtschaftszweige nach WZ 2008) sind im Jahr 2018 mehr als 313.000 Personen sozialversicherungspflichtig beschäftigt. Das entspricht einem Zuwachs gegenüber dem Jahr 2013 von 18,7 %. Der Bereich Handel und Instandhaltung sowie Reparatur von Kraftfahrzeugen legt gegenüber 2013 um 6,4 % zu und umfasst im Jahr 2018 ca. 255.000 Beschäftigte. Die Logistikbranche bzw. der Bereich Verkehr und Lagerei wuchs um 17 % auf 113.000 sozialversicherungspflichtig Beschäftigte. Neben diesen erfolgreichen Entwicklungen kam es auch zu einem Anstieg der Arbeitsplätze im einfachen Dienstleistungsbereich. Diese Arbeitsplätze zählen nicht zum wachstums-trächtigen und wissensbasierten Dienstleistungsbereich, da sie häufig eine geringere Qualifikation der Arbeitnehmer*innen erfordern, wie beispielsweise bei Tätigkeiten im Wach- und Sicherheitsgewerbe oder in Call-centern. Dazu erfolgt eine tendenziell geringe Bezahlung, die zum Teil nicht zur Sicherung des Lebensunterhalts ausreicht (vgl. Bogumil et al., 2012, S. 46 f.).

Der Bildungsstand einer Bevölkerung kann [...] als Indikator der vorhandenen Humanressourcen angesehen werden.

¹¹Daten von IT.NRW, Mikrozensus sowie Daten der Bundesagentur für Arbeit, zur Verfügung gestellt vom Regionalverband Ruhr (2020).

1.5 Bildungsstand in der Bevölkerung und in der Familie

Bildung findet nicht nur in den Institutionen des Bildungswesens statt. Die Bildungsressourcen der Familien sind von besonderer Bedeutung für die individuellen Bildungsbiografien. Soziale Herkunft, die zur Verfügung stehenden ökonomischen Ressourcen und das Bildungskapital in der Familie bestimmen die Unterstützungspotenziale der Familien. Außerhalb des unmittelbaren Einflusses von Schule und Unterricht beeinflussen sie die Kompetenzentwicklung der Kinder und Jugendlichen erheblich.

Neben diesen sogenannten primären Herkunftseffekten wirken auch sekundäre Herkunftseffekte, welche die Bildungsentscheidungen der Eltern in Abhängigkeit ihres sozioökonomischen Status' und ihrer eigener Bildungsbiografie beeinflussen (vgl. Boudon, 1974). Der Bildungsstand einer Bevölkerung kann zudem als Indikator der vorhandenen Humanressourcen angesehen werden. Die einmal erworbenen Bildungsabschlüsse bestimmen zu einem großen Teil die Zugangsmöglichkeiten zu weiterführenden Ausbildungsgängen.

Allgemeine Schulbildung der Bevölkerung und der Familien

Auf Basis der Daten des Mikrozensus können Angaben zum Bildungsstand der Bevölkerung insgesamt sowie der Bevölkerung in Familien mit ledigen Kindern in den Regionen gemacht werden.¹² Generell ist zu beobachten, dass in der Bevölkerung aller Regionen die Anteile höherer Schulabschlüsse zunehmen (vgl. Abbildung 1.20, siehe Seite 46). Im Ruhrgebiet hatten im Jahr 2013 noch 41,9 % aller Einwohner*innen als höchsten Schulabschluss einen Volks- oder Hauptschulabschluss. Fünf Jahre später, 2018, liegt dieser Wert nur noch bei 36,0 %. Einen Realschul- oder gleichwertigen Abschluss wiesen im Jahr 2013 20,4 % auf, 2018 lag dieser Wert relativ unverändert bei 20,6 %. Einen starken Zuwachs konnten dagegen die Anteile an Fachhochschul- bzw. Hochschulreife verzeichnen: Sie stiegen von 27,1 % im Jahr 2013 auf 32,1 % im Jahr 2018. Der Anteil von Personen ohne allgemeinen Schulabschluss lag 2013 bei 5,3 % und erhöhte sich leicht auf 6,7 % im Jahr 2018.

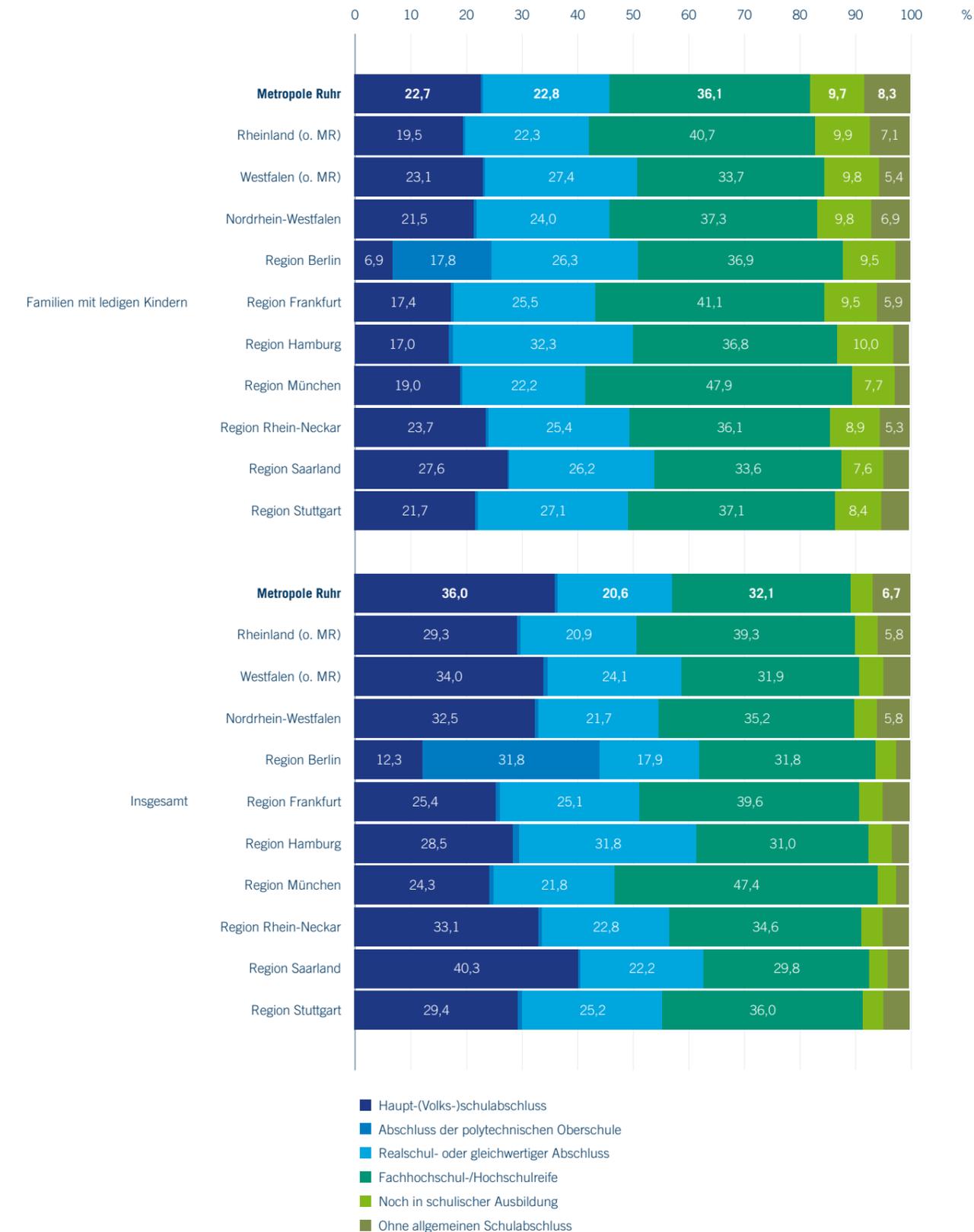
Generell ist zu beobachten, dass diese Anteile, die sich hier auf die Gesamtbevölkerung beziehen, jeweils stark vom Alter der in den Blick genommenen Bevölkerung abhängen. So sind im Ruhrgebiet die Anteile der Volks- und Hauptschulabschlüsse bei über 65-Jährigen mit 65,6 % am höchsten, bei den 20 bis 25-Jährigen

liegt der Anteil nur bei 13,2 %. Schränkt man die Betrachtung auf Personen in Familien mit ledigen Kindern ein, sind daher auch die Anteile der Volks- und Hauptschulabschlüsse niedriger und die Anteile der noch in schulischer Ausbildung befindlichen Personen höher.

Auch in allen anderen Regionen lässt sich ein deutlicher Rückgang von Volks- und Hauptschulabschlüssen und ein starker Anstieg der Fachhochschul- oder Hochschulreife beobachten, wobei sich die Niveauunterschiede in den Anteilswerten zwischen den Regionen bei den Abschlussformen quasi spiegelverkehrt verhalten. In der Region München sind die Anteile an Volks- und Hauptschulabschlüssen im regionalen Vergleich am niedrigsten, dafür die Anteile an Fachhochschul- und Hochschulreife in der Bevölkerung am höchsten. In der Region Saarland ist es genau umgekehrt.

¹²Im Mikrozensus sind alle Personen, die in einem Haushalt oder einer Familie leben und älter als 15 Jahre sind, Befragungspersonen.

Abbildung 1.20: Anteil der Einwohner*innen insgesamt und in Familien mit ledigen Kindern nach Bildungsabschluss 2018 in den Regionen



Geringer Anteil an Hochschulabsolvent*innen in der Metropole Ruhr

Im Rahmen der Darstellung des Bildungsstands der Bevölkerung und der Familie ist neben der Entwicklung der höchsten Schulabschlüsse auch der Bereich der beruflichen Bildungsabschlüsse relevant. Abbildung 1.21 (siehe Seite 48) zeigt für alle Vergleichsregionen den Anteil der Bevölkerung und Personen in Familien mit ledigen Kindern nach beruflichen Bildungsabschlüssen in den Untersuchungsjahren. Es wird insgesamt zwischen sechs Kategorien unterschieden: Fachschulabschluss (inkl. Fachschulabschluss DDR, der nur für die Region Berlin relevant ist), Lehre/Berufsausbildung, Hochschulabschluss (Uni und FH), Promotion, in schulischer/beruflicher Ausbildung (noch keinen Abschluss) sowie die Kategorie der Personen ohne beruflichen Abschluss (die nicht in Ausbildung sind).

Im Ruhrgebiet ist der Anteil der Bevölkerung mit Hochschulabschluss von 10,4 % im Jahr 2013 auf 12,9 % in 2018 gestiegen, der Anteil mit Lehre/Berufsausbildung ist im Gegenzug von 50,4 % im Jahr 2013 auf 47,1 % in 2018 gesunken. Eine Promotion wiesen in der Bevölkerung 2013 nur 0,7 % auf, der Anteil erhöhte sich bis zum Jahr 2018 auf 0,9 %. Auch bei den Fachschulabschlüssen ergibt sich eine leichte Steigerung von 6,4 % auf 7,1 %.

Der Anteil der Bevölkerung ohne beruflichen Abschluss und ohne laufende Ausbildung liegt relativ konstant bei 22 % und ist damit im Ruhrgebiet im Vergleich zu allen anderen Regionen am höchsten.

Der Regionenvergleich macht deutlich, dass im Ruhrgebiet insbesondere der Anteil an Hochschulabsolvent*innen – trotz des zu beobachtenden Zuwachses – von 10,5 % im Jahr 2013 auf 12,9 % im Jahr 2018 ausgesprochen gering ausfällt.

Der Anteil der Bevölkerung ohne beruflichen Abschluss und ohne laufende Ausbildung liegt relativ konstant bei 22 % und ist damit im Ruhrgebiet im Vergleich zu allen anderen Regionen am höchsten.

Quelle: IT.NRW, Mikrozensus. Eigene Berechnung.

Abbildung 1.21: Anteil der Einwohner*innen insgesamt und in Familien mit ledigen Kindern nach Art des beruflichen Bildungsabschlusses 2018 in den Regionen



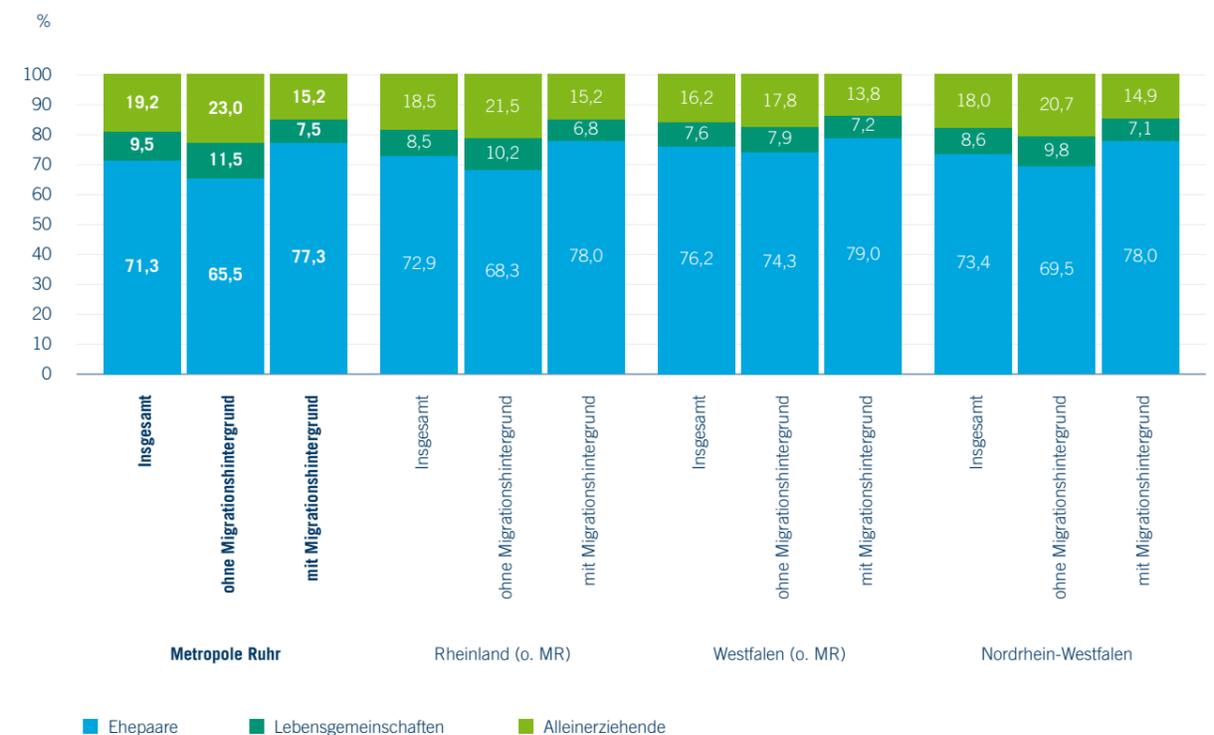
Quelle: IT.NRW, Mikrozensus. Eigene Berechnung.

1.6 Familien- und Lebensverhältnisse

Die familiäre Situation von Kindern und Jugendlichen beeinflusst auch abseits der wirtschaftlichen Lage der Familien und des Bildungshintergrundes der Eltern deren Bildungs- und Lebenschancen (Autorengruppe Bildungsberichterstattung, 2018). Ein Aspekt ist die Betreuungssituation in der Familie, die sich sowohl für unterschiedliche Lebensformen als auch in Bezug auf die Erwerbssituation der Eltern anders darstellt.

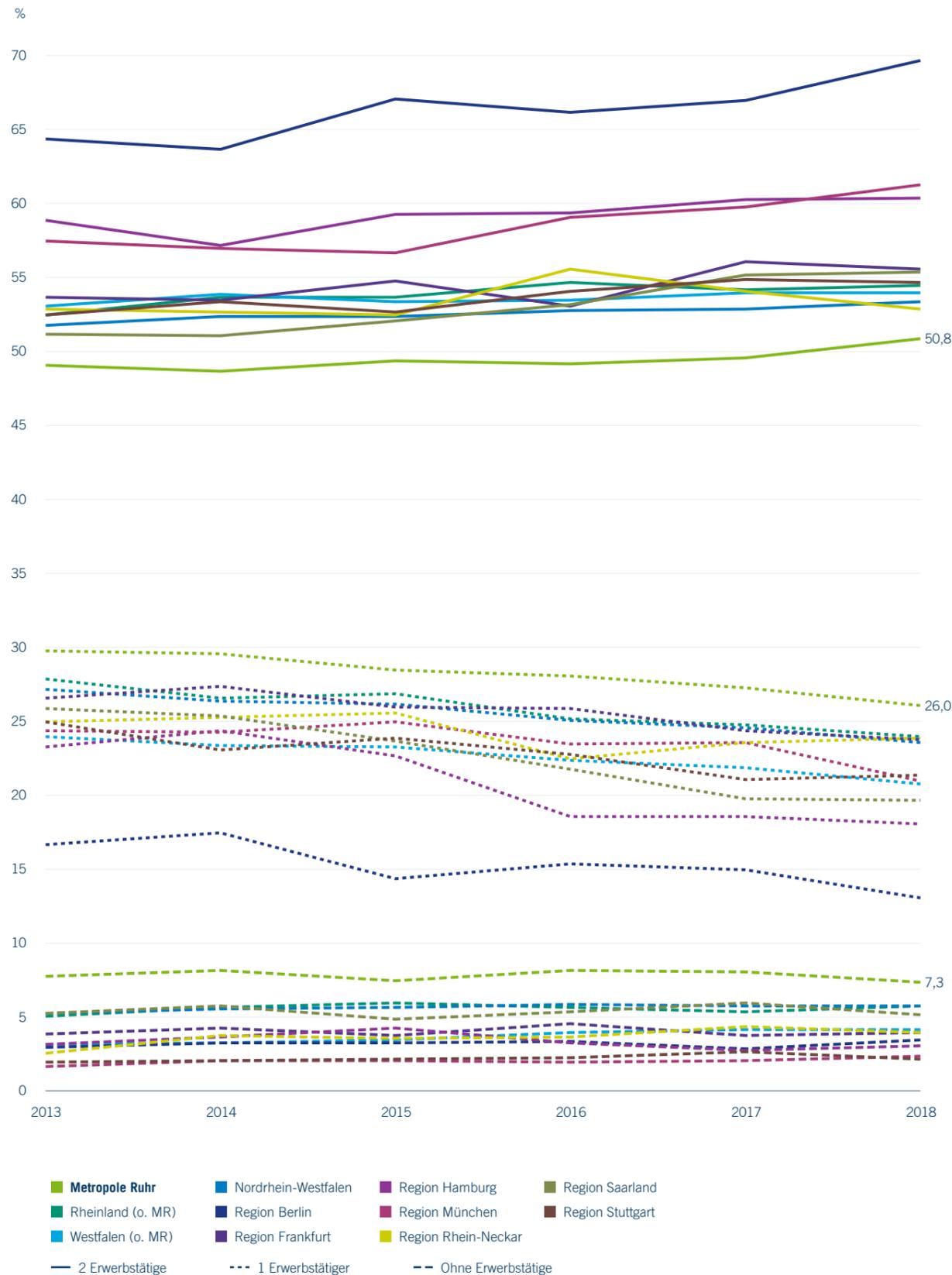
Um einen Überblick über die Lebensverhältnisse von Familien zu geben, bietet es sich an, zwischen den Familienformen Ehepaare, Lebensgemeinschaften und Alleinerziehende zu unterscheiden. Die Abbildung 1.22 gibt einen Überblick über die Anteile dieser Familienformen unterschieden nach Familien mit und ohne Migrationshintergrund in den Regionen in Nordrhein-Westfalen im Jahr 2018. Es ist erkennbar, dass Ehepaar mit Kind die am häufigsten vorkommende Familienform ist (in ganz Nordrhein-Westfalen 73,4 %). Zudem ist der Anteil Alleinerziehender bei Familien ohne Migrationshintergrund stets größer als in denen mit Migrationshintergrund. Am höchsten ist er im Ruhrgebiet mit 19,2 %; das Rheinland weist mit 18,5 % einen nur leicht geringeren Anteil auf.

Abbildung 1.22: Anteil der Familien nach Lebensform und Migrationshintergrund 2018 in den Regionen



Quelle: IT.NRW, Mikrozensus. Eigene Berechnung. Aufgrund von Veränderungen in der Stichprobenziehung des Mikrozensus steigt der Anteil an Ehepaaren mit Kindern von 2015 zu 2016 leicht an – hierbei handelt es sich um einen statistischen Effekt.

Abbildung 1.23: Anteil der Paargemeinschaften mit ledigen Kindern nach Anzahl der Erwerbstätigen in der Familie 2013 bis 2018 in den Regionen



Aktuelle Studien zeigen, dass bei Paarfamilien noch immer das Zuverdiener*innenmodell den höchsten Stellenwert hat und die Väter meist in Vollzeit und die Mütter in Teilzeit bis 32 Stunden arbeiten. Die Erwerbsbeteiligung der Mütter steigt dabei mit dem Alter der Kinder (vgl. z. B. Seifert et al. 2019) und hängt stark von der Betreuungssituation der Kinder ab. Sie nimmt signifikant zu, wenn die Kinder sechs Jahre oder älter sind und in die Schule gehen. Abbildung 1.23 zeigt den Anteil der Paargemeinschaften mit ledigen Kindern nach der Anzahl der Erwerbstätigen in der Familie im Zeitverlauf für alle Regionen. Die Ergebnisse zeigen ein interessantes Bild: Paargemeinschaften mit Kindern, in denen zwei Personen erwerbstätig sind, haben in allen Regionen die größten Anteile im Vergleich zu Paargemeinschaften mit nur einem oder keinem Erwerbstätigen und steigen seit dem Jahr 2016 leicht an (der Anstieg zwischen 2015 und 2016 ist z. T. auf Veränderungen in der Stichprobenziehung zurückzuführen). In der Region Berlin sind sie insgesamt am höchsten (2018: 69,6 %) und im Ruhrgebiet am niedrigsten (2018: 50,8 %). Demgegenüber sinken die Anteile von Paargemeinschaften mit Kindern mit nur einem Erwerbstätigen. Diese Konstellation ist noch am häufigsten im Ruhrgebiet zu finden (2018: 26,0 %). Die Anteile von Paargemeinschaften mit ledigen Kindern ohne Erwerbstätige sind relativ konstant auf einem niedrigen Niveau, wobei das Ruhrgebiet insgesamt den höchsten Anteilswert aufweist (2018: 7,3 %)

Quelle: IT.NRW, Mikrozensus. Eigene Berechnung. Anteil der Paargemeinschaften mit ledigen Kindern nach Anzahl der Erwerbstätigen in der Familie. Aufgrund von Veränderungen in der Stichprobenziehung des Mikrozensus steigt der Anteil von Ehepaaren mit ledigen Kindern von 2015 zu 2016 leicht an – hierbei handelt es sich um einen statistischen Effekt. Fehlende Anteile zu 100 % sind Haushalte mit mehr als zwei Erwerbstätigen.

Die Unterschiede bei der Zahl der Erwerbstätigen sind vermutlich vor allem auf die Beschäftigtenquote von Frauen zurückzuführen.¹³ Aktuelle Analysen zeigen, dass die Erwerbsquote und Erwerbstätigenquote als auch die Beschäftigtenquote von Frauen in Deutschland mit einer Vielzahl unterschiedlicher individueller und haushaltsbezogener Faktoren im Zusammenhang steht. Auswertungen auf Basis des Mikrozensus kann entnommen werden, dass die Quoten von Frauen in verschiedenen soziodemografischen Gruppen in Nordrhein-Westfalen unter dem Bundesdurchschnitt liegen und im Bundesländervergleich, neben dem kleinen Flächenland Saarland und dem Stadtstaat Bremen, am niedrigsten ist. Dieser Befund gilt sowohl für die Erwerbs- als auch die Erwerbstätigenquote; in beiden Fällen zeigen sich ähnliche Unterschiede und Entwicklungen (vgl. Seifert et al., 2019). Als Ursachen der geringeren Erwerbsbeteiligung von Frauen in NRW wurden u. a. ein niedrigeres Qualifikationsniveau und ein im Vergleich höherer Migrantenanteil festgestellt.

Abbildung 1.24 zeigt die regionale Verteilung der Beschäftigtenquote in Prozent auf Kreisebene. Die Spannweite der Quote ist erheblich: Sie reicht 2019 von 44,7 % in Gelsenkirchen bis zu 57,2 % in Gütersloh. Allgemein ist sie im Münsterland und in Teilen Ostwestfalens überdurchschnittlich hoch. Niedrige Frauen-erwerbsquoten zeigen sich im nördlichen Ruhrgebiet und am Niederrhein.

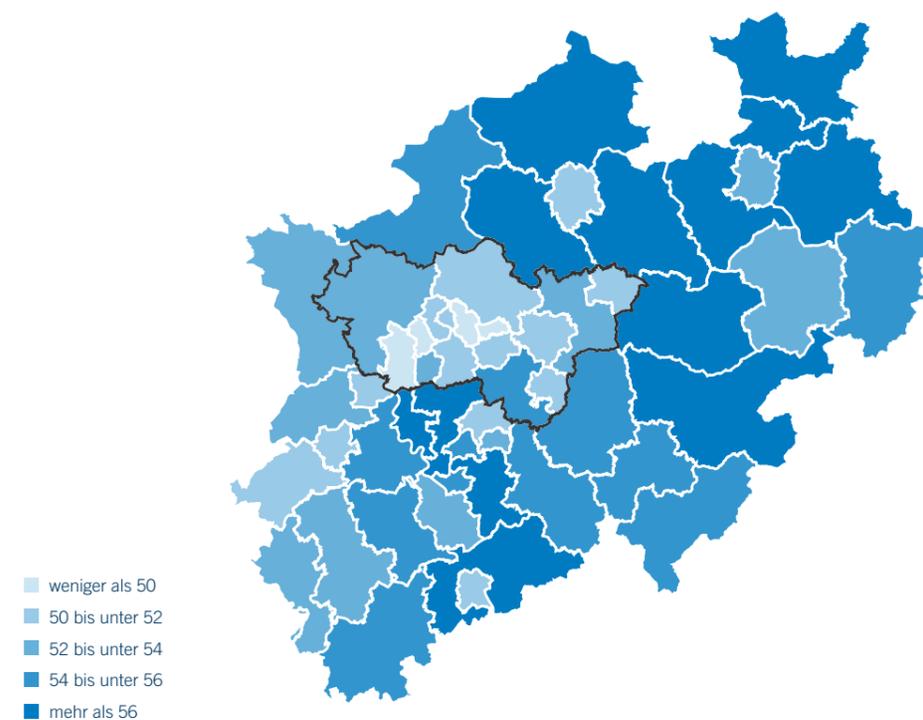
Im Beobachtungszeitraum ist die Frauenbeschäftigtenquote in allen Kreisen in NRW angestiegen. Besonders hohe Zuwächse finden sich weniger in den Großstädten des Ruhrgebiets als vielmehr in ländlichen Kreisen: in Borken, Heinsberg, Olpe und Höxter.

¹³Die Beschäftigtenquote von Frauen liegt stets etwas niedriger als die Erwerbstätigenquote, sie bezieht sich auf weibliche sozialversicherungspflichtig Beschäftigte von 15 bis unter 65 Jahren am 30.06. eines Jahres am Wohnort, bezogen auf die weibliche Bevölkerung der gleichen Alterskategorie am 31.12. des Vorjahres.

Abbildung 1.25 (siehe Seite 54) zeigt die Entwicklung der Frauenbeschäftigtenquote nach Nationalität und Vergleichsregion. Erkennbar ist, dass die Quoten bei den nichtdeutschen Frauen deutlich niedriger liegen als bei den deutschen. In allen Regionen sind die Beschäftigtenquoten sowohl für deutsche als auch nichtdeutsche Frauen von 2013 bis 2019 angestiegen. Im Ruhrgebiet fällt dieser Zuwachs bei deutschen Frauen mit 16,5 % leicht höher aus als in den anderen Regionen, sodass im Vergleich etwas aufgeholt werden konnte. Die Quote ist mit 55,1 % im Jahr 2019 aber immer noch die niedrigste aller hier betrachteten Regionen.

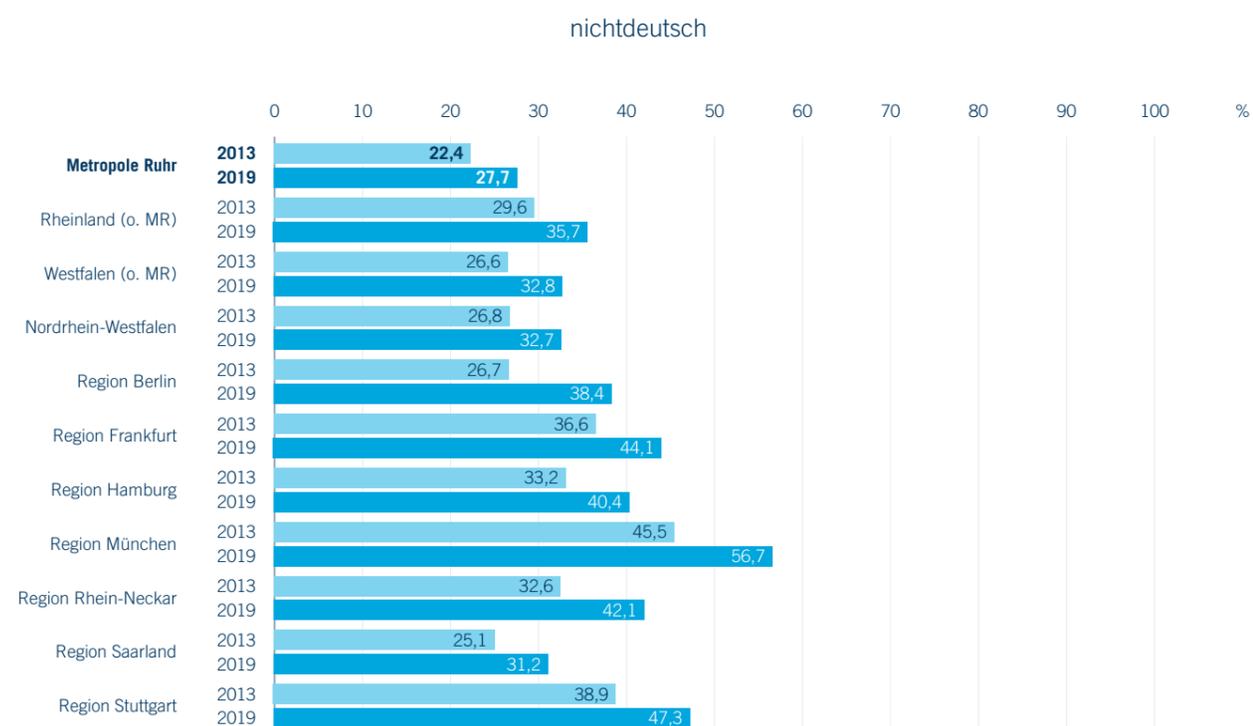
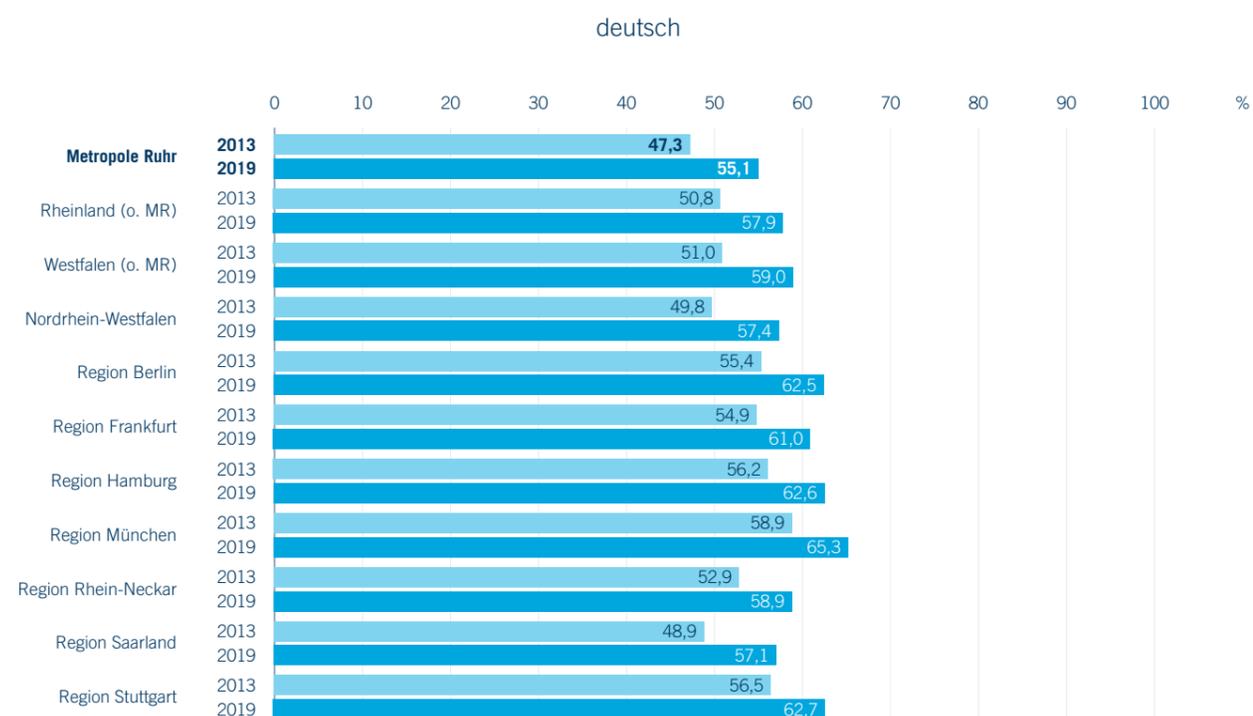
Die Niveauunterschiede zwischen den Regionen fallen bei den nichtdeutschen Frauen größer aus als bei den deutschen. Auch hier weist das Ruhrgebiet die niedrigsten Quoten auf (2019: 27,7 %). Erstaunlich ist, dass die nichtdeutsche Frauenbeschäftigtenquote in München (2019: 56,7 %) inzwischen höher liegt als die Frauenbeschäftigtenquote deutscher Frauen im Ruhrgebiet.

Abbildung 1.24: Frauenbeschäftigtenquote 2019 in den Kreisen und kreisfreien Städten NRWs (in %)



Quelle: Statistisches Bundesamt, Regionaldatenbank Deutschland. Eigene Berechnung.

Abbildung 1.25: Frauenbeschäftigtenquote nach Nationalität 2013 und 2019 in den Regionen



1.7 Zusammenfassung und Ausblick

Eine aktuelle Studie zur Zukunft des Ruhrgebiets stellt fest, dass der relativ geringe Anteil von Absolvent*innen mit Fachhochschul- oder Hochschulreife sowie hoch qualifizierten Kräften ein Entwicklungshemmnis für die Wirtschaft des Ruhrgebiets darstellt (Röhl et al., 2018).

Der vorliegende Regionenvergleich kommt ebenfalls zu diesem Ergebnis: Trotz eines starken Zuwachses der Bevölkerungsanteile mit Fachhochschul- bzw. Hochschulreife von 26,9 % im Jahr 2013 auf 32 % im Jahr 2018 bildet das Ruhrgebiet das Schlusslicht. Der Regionenvergleich zeigt u. a. auch, dass im Ruhrgebiet besonders der Anteil der Hochschulabsolvent*innen – trotz eines zu beobachtenden Zuwachses um 2,5 Prozentpunkte auf 12,9 % im Jahr 2018 – gering ausfällt. In den Regionen München, Stuttgart, Frankfurt/Rhein/Main liegt dieser Wert deutlich über 20 %, aber auch das Rheinland und Westfalen schneiden besser ab als die Metropole Ruhr.

Auch bei der Betrachtung der regionalen Wirtschaftsentwicklung und Wettbewerbsfähigkeit liegt das Ruhrgebiet zusammen mit der Region Saarland im unteren Bereich. Ein Blick auf die Dynamik der Arbeitsproduktivität zeigt offensichtlich ein Auseinanderdriften der Regionen. Berlin lag im Jahr 2013 noch erkennbar hinter dem Ruhrgebiet, konnte aber bis 2017 um 13 % zulegen, während das Ruhrgebiet mit nur 6,7 % den niedrigsten Zuwachs aller hier betrachteten Regionen verzeichnet.

Der Strukturwandel hat im Ruhrgebiet zu erheblichen Veränderungen der Erwerbstätigkeitsstruktur geführt. Der Wandel ist aber nicht abgeschlossen. Im Vergleich ist erkennbar, dass in keiner anderen Region in den betrachteten fünf Jahren die Anteile Erwerbstätiger im Produzierenden Gewerbe so stark zurückgegangen sind wie im Ruhrgebiet. Die Anzahl Erwerbstätiger ist hier um 8,1 % gesunken. Die industrielle Produktion hat sich in Nordrhein-Westfalen mittlerweile nach Süd-Westfalen verlagert.

In Bezug auf die ökonomische Situation der Familien fällt auf, dass im Regionenvergleich für alle betrachteten Lebensformen stets das Ruhrgebiet mit einem relativ großen Abstand zu den anderen Regionen die höchsten Anteile an Transferempfänger*innen aufweist. Insbesondere die Alleinerziehenden und Familien mit Migrationshintergrund tragen ein erhöhtes Armutsrisiko.

*Um dem steigenden Bedarf an qualifizierten Arbeitskräften gerecht zu werden, müssen neue Bildungspotenziale sowohl bei den Kindern und Jugendlichen als auch in der Erwachsenenbildung erschlossen werden. Die ansteigenden Schüler*innenzahlen werden den Arbeitskräftebedarf [...] nicht decken können.*

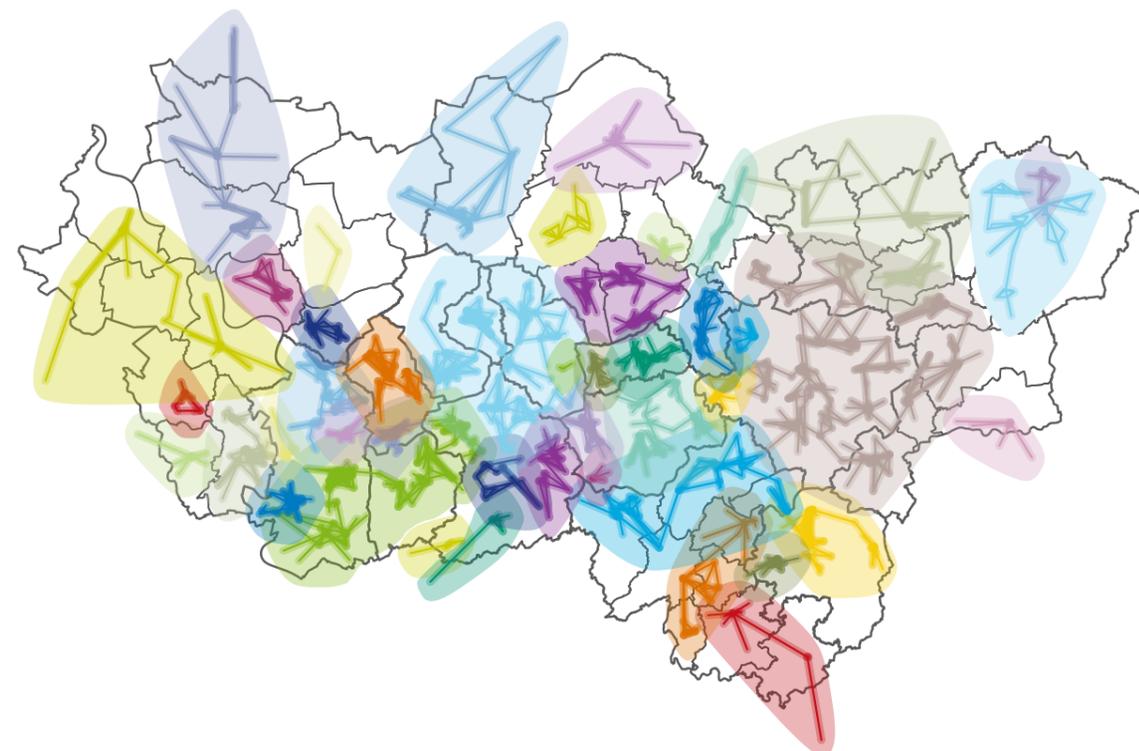
Perspektivisch werden alle Regionen mit einer eher ungünstigen demografischen Entwicklung zu kämpfen haben. Es werden voraussichtlich bald Arbeitskräfte fehlen, die die „passende“ Qualifikation aufweisen. Die geburtenstarken Jahrgänge 1950 bis 1965 werden in den kommenden 20 Jahren aus dem Arbeitsleben ausscheiden und durch deutlich schwächere Geburtenjahrgänge ersetzt. Das Qualifikationsprofil, d. h. die Abstimmung zwischen verfügbaren und benötigten Qualifikationen des Arbeitskräfteangebots, wird in Zukunft besonders relevant sein. Arbeitsmarktprognosen (Bundesministerium für Arbeit und Soziales [BMAS], 2013; Maier et al., 2014) sagen übereinstimmend einen steigenden Qualifikationsbedarf bei den Erwerbstätigen voraus. Das Ruhrgebiet steht angesichts dieser Entwicklungen vor besonderen Herausforderungen, dem gerecht zu werden. Die Ausgangsbedingungen sind dabei nicht einfach:

- Der Anteil an Kindern, die in armen Familien aufwachsen, ist besonders hoch. Zusammen mit der eher ungünstigen finanziellen Situation in den Kommunen sind die privaten und öffentlichen Bildungsinvestitionen eher begrenzt.
- Die verstärkte Zuwanderung in den vergangenen Jahren sowie die positive Geburtenentwicklung führen voraussichtlich zu weiter deutlich ansteigenden Schüler*innenzahlen im Primar- und Sekundarbereich und stellen die Bildungseinrichtungen vor umfangreiche Integrationsaufgaben. Erforderlich sind Maßnahmen, um den an einigen Schulformen bestehenden Lehrkräftemangel zu beheben.
- Um dem steigenden Bedarf an qualifizierten Arbeitskräften gerecht zu werden, müssen neue Bildungspotenziale sowohl bei den Kindern und Jugendlichen als auch in der Erwachsenenbildung erschlossen werden. Die ansteigenden Schüler*innenzahlen werden den Arbeitskräftebedarf jedoch alleine nicht decken können. Viel Potenzial bietet gerade im Ruhrgebiet eine Erhöhung der Frauenbeschäftigtenquote. Hierzu müssen die geeigneten Rahmenbedingungen (z. B. Ausbau der Kinderbetreuung und Ganztagschulen, Qualifizierungsmöglichkeiten, bessere Entlohnung etc.) geschaffen werden.

Zugleich weist das Ruhrgebiet aber auch besondere Potenziale auf: Die hohe Dichte an Hochschulen, das umfangreiche Angebot an weiterführenden Schulen, Berufskollegs und Ausbildungsbetrieben bilden Ausgangspunkte, um diese Herausforderungen anzugehen. Vielleicht ist das Ziel, eine Hochqualifizierung wie in den Regionen München oder Stuttgart zu erreichen, derzeit noch eher ein Fern- als ein Nahziel, aber die wichtige Aufgabe, qualifizierte Fachkräfte auszubilden und Bildungsbiografien ohne abgeschlossene Berufsausbildung zu vermeiden, sollten ganz oben auf der Agenda stehen.

Wie wichtig dabei die Zusammenarbeit der Kommunen ist, zeigt sich an den schon heute bestehenden Verflechtungen im Bildungsbereich (vgl. Abbildung 1.26). In welche KiTa oder welche Schule die Kinder im Ruhrgebiet gehen, wird nicht immer entlang der Grenzen der eigenen Stadt entschieden, sondern Eltern, Kinder und Jugendliche und junge Erwachsene nehmen Bildungsangebote aus der ganzen Region wahr.

Abbildung 1.26: Übergänge von Grund- zu weiterführenden Schulen in der Metropole Ruhr



Quelle: Jeworutzki & Knüttel (2018). Farben und Beschriftung verändert. Zwischen Grund- und weiterführenden Schulen wird eine Linie eingezeichnet, wenn im Zeitraum 2003 bis 2014 durchschnittlich sieben Kinder pro Jahr von der Grundschule auf eine weiterführende Schule wechseln. Linien einer Farbe sind alle miteinander verbunden und kennzeichnen so die Einzugsgebiete der weiterführenden Schulen in den Teilregionen.